Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 297. Dienstag, den 19. Dezember 1916. 23. Jahrg.

Ruhige Kraft.

Wenn wilde Volksstämme in den Krieg ziehen, beschmieren sie ihre Gesichter mit Farbe, sie versehen ihre Häupter mit allerlei abenteuerlichem Schmuck und stoßen angesichts des Feindes unter Waffenschwingen ein fürchterliches Geheul aus. So wollen sie die Gegner durch Furcht entwaffnen. Auch die alten Germanen hielten noch viel von kriegerischen Verzierungen, unter denen Büffelhörner eine große Rolle spielten. Reste davon sieht man manchmal noch deutlich zwischen den Zeilen der Zeitungen hindurchschimmern, die auf ihre germanische Ahnenreihe besonders stolz sind.

Das „furchterregende" Gerede und Geschreibe sollte man sich abgewöhnen. Erstens einmal, weil man es nicht nötig hat und zweitens, weil es seinen Zweck verfehlt. Die Berichte von den Kriegsschauplätzen sind in jeder Zeile Zeichen der Kraft. Und doch entbehren sie aller „kriegerisch" sein sollenden Verzierung, sie sind sachlich und nüchtern.

Jetzt, da die Mittelmächte ihren Gegnern ein Friedensangebot gestellt haben, sollten wir erst recht die Tatsachen für sich allein sprechen lassen. Wenn die Gegner glauben, anders handeln zu müssen, so werden sie wohl ihre Gründe dazu haben. Aber es wäre ganz verkehrt, wenn wir auf diesem Gebiete mit ihnen in Wettbewerb träten. Was müßte z. B. ein deutscher Reichskanzler alles zusammen reden, wenn er einen Trepow übertreffen wollte! Trepow nimmt Sonne, Mond und Sterne — will sie nehmen. Die deutschen Truppen nehmen inzwischen Bukarest und Buzeu. Wollen nicht bloß — haben sie schon!

Darum — weil wir soviel können — dürfen wir ruhig eingestehen, daß es auch Dinge gebt, die wir nicht können. Wir können uns gegen eine Welt siegreich behaupten und den Gener, der in unser Haus will, immer weiter in sein eigenes zurückdrängen. Der Welt den Fuß auf den Nacken setzen und ihr einfach diktieren: „Wir wollen das und das und das" — können wir nicht. Darum sagen die Mittelmächte in ihrer Note auch, daß sie die Gegner nicht vernichten und nicht zerschmettern wollen und betonen, daß „ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche nicht im Widerspruch stehen zu den Rechten der anderen Nationen." Die Note und die erklärende Rede des Reichskanzlers sprechen aus, was ist. Sie halten sich fern von überlautem Geschrei und bramarbasierendem Nebenwerk.

Darum hat die Mehrheit des Reichstages nach der Rede desReichskanzlers Schluß gemacht. Die Abstimmung über den Antrag Spahn war nur äußerlich ein formeller Akt, in Wirklichkeit war sie eine sachliche Abstimmung über den soeben vollzogenen Akt der Mittelmächte. Dem stimmte die sozialdemokratische Fraktion zu. Die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen stimmten ihm nicht zu: darum waren sie für Eröffnung der Debatte.

Das Volk wird ganz gut verstehen, daß das Volkssprichwort: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!" auch für Parlamente gilt. Parlamente legen ihr Hauptgewicht auf das Reden nur, solange sie ohnmächtig sind. Und aus demselben Grunde ist das Redebedürfnis der Minderheit immer größer als das der Mehrheit. Denn die Mehrheit kann mehr tun als reden: sie kann handeln.

Daß der Reichstag die Note der Mittelmächte ohne langes Kriegszielgerede in die Welt hinausgehen ließ, war eine Tat. Denn wenn auch das Recht der Minderheit, sich auszusprechen, im allgemeinen nicht nur festgehalten, sondern auch verteidigt werden muß, so kann es in großen geschichtlichen Augenblicken höhere Rücksichten geben, denen das Recht der Minderheit weichen muß. Westarp und Bassermann werden schon zu Worte kommen. Zunächst sollen aber, vor den inneren Gegnern des Friedensangebots, diejenigen das Wort ergreifen, an die es gerichtet ist. So hat der Reichstag die Rednerliste geändert.

Jetzt hat sich der Vorstand der nationalliberalen Fraktion in einer demokratischen Regung beim Reichskanzler darüber beklagt, daß die Friedensziele festgestellt worden seien, ohne daß das deutsche Volk dabei hätte mitwirken können. Wie stellt man sich diese Mitwirkung vor? Sie ist nur möglich auf dem Wege einer parlamentarischen Regierung; diesen Weg zu beschreiten, hat aber die nationalliberale Fraktion stets abgelehnt. Vielleicht betritt sie ihn jetzt, setzt sie gegen den Kanzler, der das Friedensangebot gemacht hat, ein Mißtrauensvotum durch und verweigert ihm solange jede Art der Mitarbeit, als er an seinem Amt festhält? Will sie das aber oder kann sie das nicht, was soll dann alles Gerede von „Mitwirkung"?

Dennoch: die deutsche Regierung hätte diesen großen Schritt nicht tun können, wüßte sie nicht, daß die große Mehrheit des Volkes ihn billigt. Und das weiß sie aus den Reden, die zuvor im Reichstage gehalten worden sind, aus einem sehr großen Teile der Presse, aus den Berichten über die Stimmung der Bevölkerung, die sie aus allen Orten empfängt. Weniger als sonst kann man von diesem Entschluß behaupten, daß der Volkswille nicht in entscheidender Weise an ihm mitgewirkt hat.

Darum bleibt auch innen wie außen jeder Einschüchterungslärm zwecklos. Drinnen wie draußen können sich die großen Ereignisse nur auf Grund einer nüchternen Einschätzung der wirklichen Kraftverhältnisse vollziehen. Drinnen wie draußen läßt sich keiner durch Ueberschwang imponieren. Hier wie dort sind es die Tatsachen allein, die letzten Endes maßgebend sind. Draußen reden sie aber so eindringlich, daß wir wahrhaftig nicht zu behaupten brauchen, was wir nicht beweisen können.

Wir haben in zweieinhalbjähriger schwerer Prüfung bewiesen, daß der Widerstand, den das deutsche Volk feindlichen Zerschmetterungsabsichten entgegenstellt, unüberwindlich ist. Wir brauchen darum nicht zu behaupten und behaupten auch nicht, daß die Gegner nun gezwungen sind, jeden Frieden anzunehmen, den wir ihnen etwa — nach dem Belieben der großen Kriegszielredner — aufzuerlegen gewillt wären. Darum haben die Mittelmächte ein Friedensangebot gestellt und kein Friedensgebot. Sie wollen verhandeln auf der Grundlage der Erkenntnis, daß ihre Rechte nicht im Widerspruch zu den Rechten anderer Nationen stehen, und stellen diesen anderen anheim, ihre Rechte auf der Konferenz, die sie vorschlagen, zu vertreten. So liegen die Dinge in Wirklichkeit, und wer sie anders darstellt, erleichtert das Spiel der feindlichen Kriegsverlängerer. Solchen Versuchen Beihilfe zu leisten, war aber nicht die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion in der historischen Reichstagssitzung vom 12. Dezember.

Die untere Donau.

Von Oberst Immanuel.

„Die in der Norddobrudscha stehenden russischen Truppen haben ihre Stellungen geräumt." Sie sind über das Mündungsgebiet der unteren Donau auf das linke Stromufer zurückgegangen und haben sich hiermit einstweilen in Sicherheit gebracht. Wir erinnern uns, daß dies ganz die gleichen russischen Streitkräfte sind, die, als Rumänien Ende August 1916 seinen Todessprung tat, den großen Siegeszug durch die Dobrudscha nach Bulgarien hinein auf Warna machen sollten. Von dort hoffte man nicht mehr weit bis zur Verbindung Sofia—Konstantinopel und bis zum Bosporus zu haben.

Der russische Rückzug aus der Dobrudscha ist ein strategisches Ereignis ersten Ranges, denn er bedeutet den Verzicht der russischen Heeresleitung auf jeden weiteren Angriffsgedanken auf der Balkanhalbinsel und die Umkehr zur Verteidigung der Moldau und des eigenen südrussischen Gebietes.

Die kraftvolle, trotz aller Schwierigkeiten des Geländes und Wetters jede Gegenwehr vor sich niederwerfende Verfolgung, die Mackensen nach der Einnahme von Bukarest über die Jalomita aufnahm, und das Vordringen der 9. Armee über Buzau hinaus gegen den unteren Sereth haben die Russen zu diesem Rückzug veranlaßt.

So rückt das Mündungsgebiet der Donau in den Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Donau, dieser in seinem Oberlauf bis Wien hinaus urdeutsche Strom, hat das Schicksal vieler anderer Ströme, daß er sich vor seiner Mündung in mehrere Arme verästelt und ein sumpfiges Niederungsland von höchst schwieriger Gangbarkeit bildet. Bei Galatz wendet sich die Donau an der Stelle, wo von links her der Sereth einmündet, in einem scharfen Bogen aus der bisher südnördlichen Stromrichtung nach Osten und bald darauf an der Einmündung des Pruth nach Südosten, jetzt dem Schwarzen Meer zufließend. Der Hauptarm des Stromes hat bei Galatz eine mittlere Breite von 700 Metern bei einer Tiefe von 20 bis 40 Metern. Etwas weiter unterhalb, bei dem auf der Dobrudschaseite gelegenen Tultscha (Tulcea) teilt er sich in große Mündungsarme. Hier beginnt sein „Deltaland", das eine mehr als 2500 Quadratkilometer große, für Truppenbewegungen äußerst schwierige Sumpfwildnis darstellt. Schilfwaldungen von drei Metern Höhe, durchschnitten von Flußarmen, Seen und Morästen, sind noch heute die Heimat von Seevögeln, Wölfen und Büffeln. Die beiden Hauptarme — im Süden der St. Georgsarm, im Norden der Kilia-Arm — liegen von der Meeresküste 96 Kilometer auseinander. Der eigentliche Schiffahrtsweg ist der kanalisierte, unter Aufsicht der Donaukommission stehende mittlere Arm, die Sulina. Bis 1878 gehörte die Donaumündung bis zur Kilia der Türkei, das Nordufer war rumänisch. Im Berliner Kongreß nötigte Rußland den Rumänen die Dobrudscha und damit auch die Donausümpfe auf und nahm sich dafür das rumänische Bessarabien bis zum Pruth und zum nördlichen Mündungsarm der Donau.

In allen Türkenkriegen hat die Strecke von Braila bis Tultscha als Uebergangspunkt der Russen nach der Dobrudscha eine entscheidende Rolle gespielt. 1828 erfolgte der Uebergang von Satunovo nach Isaktscha, nicht gestört von den Türken, aber äußerst erschwert durch das sumpfige Gelände. Isaktscha, heute ein bedeutungsloses Städtchen, ist, nebenbei bemerkt, als „Fatinitza" bekannt. Im Krimkrieg (März 1854) überschritten die Russen ohne Widerstand die Donau gleichzeitig an drei Stellen, bei Braila, Galatz und Tultscha. 1877 fand ein Uebergang zwischen Braila und Galatz nahe der Serethmündung statt. Die Türken konnten ihn nicht verwehren und räumten die kleine Festung Matschin.

Braila ist ein wichtiger Ausfuhrhafen Rumäniens für Weizen und Oelgewächse, eine Stadt von fast 60 000 meist bulgarischen Bewohnern. Die ehemals bedeutenden Festungswerke sind zerfallen. Die Stadt, die bis zum Jahre 1883 Freihafen war, liegt südlich des Sereth.

Galatz hat eine geschütztere Lage, denn es wird gegen die Walachei hin durch den Sereth-Abschnitt gedeckt, liegt aber sehr nahe hinter ihm. Die fast 75 000 Einwohner zählende Stadt war im Frieden nicht befestigt und ist der Mittelpunkt der Donauschiffahrt, wo in der Regel bedeutende Vorräte aufgespeichert sind. Galatz hat in den Türkenkriegen viele Kämpfe erlebt und war 1855 bis 1857 von Oesterreich besetzt. In Galatz vereinigen sich große Bahnlinien von Bender (Odessa), Jassy, Czernowitz, Buzau und Bukarest.

Reni, der russische Donauhafen, hat sich trotz aller Bemühungen Rußlands im Wettbewerb gegen Galatz nicht entwickeln können. Seine militärische Wichtigkeit liegt in der Eisenbahn, die hier von Bender (Odessa) her an die Donau trifft, und in der durch die Kriegsgeschichte erwiesenen Uebergangsmöglichkeit über diesen Strom. Abwärts Reni sind die Geländeverhältnisse für ein solches Unternehmen schwieriger, da sich der Strom vielfach verzweigt und auf dem Nordufer von ausgedehnten Seen begleitet ist. Bei Ismail—Tultscha liegen die Verhältnisse günstiger. Hier erfocht Suworow 1790/91 blutige Siege über die Türken. Daß selbst ein Riesenstrom wie die Donau nicht unüberschreitbar ist, beweist die Vergangenheit, ebenso wie die allerjüngste Zeit. Unternahm doch erst kürzlich Mackensen seinen Uebergang über die Donau bei Svistov, während die Bulgaren in den letzten Tagen an vielen Stellen übersetzen konnten.

*

Nach dem gestrigen deutschen Abendbericht haben die deutschen Truppen die Bahnlinie Babadag—Pecineaga überschritten. Die erstgenannte Stadt liegt etwa 30 Kilometer südlich von Tulcea. Die Operationen in der Norddobrudscha nehmen also einen sehr günstigen Fortgang.

Vom Tage.

Die Antwort Lloyd Georges auf das Friedensangebot soll heute gegeben werden; wie es heißt, wird Lloyd George in groben Umrissen die Friedensbedingungen der Alliierten mitteilen. Haben denn die Alliierten sich schon gegenseitig beraten? Wir möchten das stark bezweifeln.

Wie „Secolo" zu melden weiß, wird die Haltung der italienischen Regierung ablehnend sein. Sollten die Sozialisten auf die Erörterung des Friedensangebots in der Kammer bestehen, dann werde die Regierung die Vertrauensfrage stellen. — Anläßlich der Beratung des provisorischen Budgets in der italienischen Kammer erklärten sich zwei Sozialisten, Alessio und Turati, für den Beginn der Friedensbesprechungen. Alessio stellte die Behauptung auf, daß Italien vollständig innerhalb der Grenzen seiner Verpflichtungen aus dem Londoner Abkommen handeln würde, wenn es das deutsche Angebot vom italienischen Standpunkte aus prüfe. Eine absolute Ablehnung wäre ein großer Fehler, sowohl hinsichtlich der Verhältnisse im eigenen Volke, wie der späteren Beziehungen Italiens zu Deutschland. Italien könne um so leichter in Verhandlungen eintreten, da es bisher siegreich gewesen. Seine Partei sei der Ansicht, selbst wenn Friedensverhandlungen ihren Anfang nähmen, bevor Italien seine sämtlichen nationalen Forderungen bewilligt erhalten habe, würde das Land seiner Ehre nichts vergeben, da es unauslöschliche Beweise seiner Stärke gegeben habe, was schon an sich eine große Eroberung bedeute. Großen Beifall fanden diese Worte bei den offiziellen Sozialisten auf der Linken. Turati sagte in seinen Ausführungen: gleichviel, was immer gegen das Angebot einzuwenden sei, so ergäbe doch der Umstand, daß das Angebot nicht genauer bekanntgegeben wurde, keinen Grund für eine Zurückweisung. Jenes Land, welches es ablehne, das Angebot zu besprechen oder in Verhandlungen einzutreten, von der Absicht geleitet, das Angebot zu Falle zu bringen, würde eine unverzeihliche Schuld auf sich laden. Es sei empörend anzunehmen, der Krieg könne alle Fragen lösen, welche in Europa seit Jahrhunderten Spaltungen hervorriefen. Gewisse Fragen müßten jedoch ihre Lösung finden. Auf Zuruf Barzilais erklärte Turati, Italien müsse unbedingt die wirklich italienischen Gebiete, eine Aenderung der Grenzen und Garantien bezüglich der Adria erhalten. Bei diesen Worten machte sich eine große Bewegung bemerkbar und lebhafter Beifall der ganzen Kammer setzte ein.

Das Bezeichnendste und Bemerkenswerteste in den Ausführungen der beiden Redner ist, daß sie sich absolut für den Frieden aussprachen. Die Reden lösten nicht ein Wort des Protestes, keine feindlichen Demonstrationen, ja

nicht einmal einen gehässigen Zwischenruf seitens der Abgeordneten oder Tribünenbesucher aus.

Die belgische Regierung soll nach einer Havas-Meldung der Ansicht sein, daß der Friede erst dann möglich sein werde, wenn die Entente selbst den Frieden diktieren könne. — Die Serben wollen auch nichts vom Frieden wissen. In einer anscheinend vom serbischen Ministerpräsidenten inspirierten Meldung heißt es: Das Friedensangebot des Feindes kann solange kein zustimmendes Echo im Herzen der Serben finden, solange die Heimatserde von feindesharten Stiefeln zertreten wird. Serbien will keinen Frieden aus den Händen seiner Feinde; es will aus eigenen Kräften und den starken Armen seiner Verbündeten ein großes, freies Serbien, dessen Grenzen Kroatien, Slawonien und Dalmatien umfassen werden. Wir wissen aber, daß der jetzt von den Zentralmächten angebotene Friede das Serbien von 1913 nicht anerkennen will.

Was doch der Größenwahn für sonderbare Blüten zeitigt.

Das Friedensangebot der Mittelmächte hat zunächst einen außerordentlich guten Erfolg gezeitigt; es hat dazu beigetragen, daß ein Teil unserer französischen Parteigenossen —und nicht der unbedeutendste — sich wieder auf sich selbst besonnen hat. Das sozialistische Empfinden, das anscheinend viele Genossen der Ententeländer verlassen hatte, ist wieder erwacht und das ist ein äußerst erfreulicher Erfolg. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachten wir die nachstehende Havasmeldung aus Paris: Der Kongreß der sozialistischen Vereinigung des Seine-Departements hatte eine lange Besprechung über die Frage der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zwischen den kriegführenden und neutralen Ländern. Er nahm mit 10 026 gegen 403 Stimmen eine Entschließung an, die die Möglichkeit der Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, besonders Verhandlungen für den Frieden in Betracht zieht unter der Bedingung, daß klare Vorschläge auf genau umschriebenen Grundlagen von Deutschland und seinen Verbündeten vorgelegt würden.

Nach einer späteren Meldung hat die Resolution bezgl. des Friedensangebots folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben die Pflicht, die Vorschläge, wozu sich der Gegner bereit erklärt, nicht ohne deren Kenntnisnahme abzulehnen. Demgemäß fordert die Vereinigung des Seine-Departements die alliierten Regierungen auf, bei den gleichzeitigen kräftigen Anstrengungen für die Landesverteidigung alle Verhandlungen anzunehmen, die notwendig sind, um amtlich von den Friedensbedingungen Deutschlands unterrichtet zu werden. Die Vereinigung fordert also:

1. Keinen Vorschlag ohne ernste Prüfung desselben abzulehnen;

2. Die Vorschläge den betreffenden Parlamenten vorzulegen.

Schließlich lädt die Vereinigung die alliierten Regierungen für den Fall, daß die Vorschläge unannehmbar erscheinen sollten, ein, sie öffentlich den kriegführenden Völkern kundzugeben und selbst sofort durch formelle Gegenvorschläge die Kriegsziele bekanntzugeben, die sie für unbedingt erforderlich erachten."

Dem „Matin" zufolge hat auch der sozialistische Kongreß des Departements Gard in Nimes die Friedensfrage und Wiederaufnahme der internationalen Verständigung behandelt. Abgeordneter Compere-Morel, der sich gegen die Wiederanknüpfung von Beziehungen mit den deutschen Sozialdemokraten erklärte, blieb in der Minderheit und der Delegiertentag löste sich schließlich in drei Gruppen auf.

Mit Spannung kann man nunmehr dem am 23. ds. zusammentretenden französischen Sozialisten-Kongreß entgegensehen. Wird auch dort die Vernunft siegen? Alle bisherigen Anzeichen sprechen dafür.

*

Der Bund für Menschheitsinteressen (Sitz Bern) sendet uns einen Aufruf, der mit den Worten beginnt:

„Die großzügige, von wahrhaft staatsmännischem Geiste getragene Initiative der Zentralmächte, ihr Friedensvorschlag gerade im Augenblick des höchsten militärischen Triumphes, hat bei all denen, welchen die dauernden Menschheitsinteressen am Herzen liegen, lebhafte Befriedigung geweckt. Der moralische Wert dieses Friedensangebotes bleibt bestehen, auch wenn die Gegner es zurückweisen sollten. Vom praktischen Standpunkt wieder wäre es naturgemäß entscheidungsvoll, daß die Friedensbedingungen Deutschlands und Oesterreichs einerseits ihren schwergeprüften Völkern einen gewissen Ausgleich für alle Opfer des Krieges bringen und ihren militärischen Erfolgen Rechnung tragen, andererseits jedoch so geartet seien, um auch den Gegnern annehmbar zu erscheinen. Auch diese eskomptieren ja den Endsieg im Vertrauen auf ihre Ueberlegenheit an Menschenzahl und Kriegsmaterial."

Es wird dann die Möglichkeit eines alle Beteiligten befriedigenden Ausgleichsfriedens näher dargelegt und zum Schluß gesagt:

„Es ist darum zu hoffen, daß das von den Zentralmächten gereichte Blatt nicht unbesehen zurückgewiesen werde, sondern zu einem fruchtbaren Meinungsaustausch Anlaß gebe."

Das Begleitschreiben, das noch einmal von der „verheißungsvollen Friedensinitiative" der Zentralmächte spricht, nennt vom Schweizer Komitee des Bundes u. a. Professor Forel-Zürich, Regierungspräsident Tschumi-Bern und Reichsrat Locher-Bern. Vom internationalen Ehrenausschuß: Jean Longuet, französischen Deputierten, J. Naquet, ehemaligen französischen Senator, Ramsay Macdonald, Mitglied des englischen Unterhauses, und Reichstagsabgeordneten Ed. Bernstein.

*

Die „B. Z. am Mittag" meldet unter der Ueberschrift: „Die Kosten der Offensiven": Der französische Funkspruch vom 12. Dezember 1916 bringt unwahre Zahlen über die Verluste beider Gegner an der Somme, denen von völlig zuverlässiger militärischer Seite folgende Zahlen entgegengestellt werden: Die Gesamtverluste der Franzosen und Engländer seit Kriegsbeginn betrugen: Franzosen 3 800 000, Engländer 1 300 000; zusammen 5 100 000 Mann. In diesen, auf sicherer Grundlage ruhenden Zahlen sind die Verluste der braunen und schwarzen Franzosen und Engländer nicht einbegriffen. Da diese farbigen Hilfsvölker von jeher mit Vorliebe bei größeren Angriffen eingesetzt werden, erhöhen sich die Verlustziffern unserer Feinde im Westen wahrscheinlich noch um mehrere Hunderttausend.

Seit dem 1. Juli wurden in den Sommekämpfen 101 französisch-englische Divisionen eingesetzt, die von allen Teilen der Front zwischen Meer und der Schweiz herangezogen worden sind. Der größte Teil dieser Divisionen trat nach kurzer Ruhe zum zweiten, zum dritten und vierten Male in der Front auf, so daß insgesamt 226 Divisionseinsätze zu rechnen sind. — Die französischen Verluste an der Somme sind bis Ende November auf mindestens 250 000 Mann zu veranschlagen und jene der Engländer auf 550 000. Dabei hielten die Franzosen seit langer Zeit sich von den größeren verlustreichen Angriffen zurück. — Die französisch-britischen Gesamtverluste in der Somme-Schlacht belaufen sich somit nach vorsichtiger Berechnung auf mindestens 800 000 Mann. — Sie übersteigen demnach weit die von unseren Feinden errechnete Zahl von 690 000 Mann deutscher Somme-Verluste, die erheblich unter einer halben Million bleiben, wobei zu bedenken ist, daß etwa 76 Prozent aller Verwundeten dank der vortrefflichen ärztlichen Pflege und dem hohen Stande der ärztlichen Wissenschaft in Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit kampffähig wieder zur Front abrücken konnten.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Berlin, 18. Dezember, abends. (Amtlich.)
An West- und Ostfront nichts Wesentliches.
In der Walachei kleinere, für uns günstige Kämpfe.
In der Nord-Dobrudscha ist die Linie Babadag—Peceneaga überschritten.

*

Wien, 18. Dezember. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Lage unverändert.

Heeresgruppe des Generalobersten Erzherzog Josef.

Beiderseits des Uz-Tales griffen die Russen unsere Stellungen nach heftiger Artillerievorbereitung an. Die Kämpfe sind noch nicht abgeschlossen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Russische Vorstöße gegen unsere Feldwachlinien bei Augustowka blieben erfolglos. Ebenso scheiterten schwächliche feindliche Angriffe gegen unsere neuen Stellungen bei Bol Porsk.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Gegen Italien.

Italienische Fabriken unter Staatskontrolle.

Infolge des neuen italienischen Gesetzes sind vorläufig 2200 Fabriken unter Staatskontrolle gestellt worden.

Der Balkankrieg.

Griechenland nach dem Ultimatum.

Sonnabend begann der Transport griechischer Truppen nach Morea. Am Bahnhof Eleusis kommen die Truppenzüge vorbei. Die mit der Überwachung der Truppenbewegung beauftragten Offiziere begannen Sonntag in Patras und Korinth ihre Tätigkeit. Französische Schiffe überwachen die beiden Häfen.

Die „Times" erfährt aus Athen, die Annahme der Forderungen der Entente bedeute die Entfernung der Armee aus Thessalien und Verbringung der Artillerie nach dem Peloponnes. Die Alliierten werden wegen der Ereignisse von Anfang Dezember noch eine Note an die griechische Regierung richten. Inzwischen warten die französischen und englischen Gesandten die Instruktionen ab; sie bleiben an Bord der Schiffe im Piräus. Der französische Admiral erließ am Freitag früh eine Kundmachung, in der den Bewohnern der Stadt empfohlen wird, nach 4 Uhr nachmittags die Geschäfte zu schließen. Athen ist abends dunkel; die Stimmung ist ruhig. Die Verlegung der Truppen und der Artillerie wird ungefähr drei Wochen beanspruchen und unter Aufsicht von Militärattachees und Offizieren der Alliierten geleitet werden.

Aus Athen wird gemeldet: „Der Ministerpräsident Lambros erklärte, daß die Blockade erst aufgehoben würde, wenn die Frage der Genugtuung gelöst ist.

„Corriere della Sera" meldet aus Athen: Nach dort eingetroffenen, noch nicht bestätigten Nachrichten sollen venizelistische Truppen die Inseln Zante und Kephalonia besetzt haben. Die Nachricht macht in Athen starken Eindruck, da man vermutete, daß die Besetzung nach einer Vereinbarung zwischen Venizelos und den englischen und französischen Behörden erfolgt sei.

Der Seekrieg.

Versenkt

wurden 2 englische Schiffe und ein dänisches Schiff.

Die Meldung der Londoner Zeitungen, daß es dem deutschen Dampfer „Prinz Friedrich Wilhelm" gelungen ist, die englische Blockade zu durchbrechen und auf das offene Meer zu entkommen, hat große Beunruhigung und Entrüstung gegen die englische Marineleitung verursacht. Man fürchtet, daß wieder größere Verluste an Handelsschiffen die Folge sind, da dieser große Dampfer vielleicht die Rolle der „Möve" spielen könnte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bessere Fettversorgung der Schwerstarbeiter.

Von der Aufforderung des Deutschen Landwirtschaftsrats, die Landbevölkerung, die bisher durch Gewährung einer Butter-Wochenmenge von 180 Gramm (gegenüber 90 Gramm in den Städten) bevorzugt war, möge sich in Zukunft allgemein mit 125 Gramm für den Kopf und die Woche begnügen, und von der alsbald nach der Aufforderung des Deutschen Landwirtschaftsrats ergangenen Anordnung für Speisefette, daß dem Selbstversorger von nun an nur noch höchstens 125 Gramm Butter für den Kopf und die Woche zustehen sollen, erwartet das Kriegsernährungsamt eine günstige Wirkung im Sinne einer besseren Fettversorgung der Schwerstarbeiter. Von der Reichsstelle für Fettversorgung sind nunmehr Grundsätze erlassen und den Kommunalverbänden zur Durchführung mitgeteilt worden. Es wird hiernach angestrebt, das Fettbedürfnis der Schwerstarbeiter durch Massen- und Fabrikspeisungen, durch Fabrikkantinen oder durch Speisefettzulagen besser zu befriedigen, als es an vielen Stellen bisher möglich war.

Wenn nun die Hoffnung des Kriegsernährungsamtes aber nicht in Erfüllung geht? Dann müssen die Schwerstarbeiter also weiter auf die ihnen so notwendige Fettnahrung verzichten. Das Vorgehen des Kriegsernährungsamtes zeigt, wie wenig es gegen die Landwirtschaft ausrichten kann oder will. Wie kann man heutzutage die Ernährungsfrage des Volkes der Gnade und Barmherzigkeit eines kleinen Teiles von Interessenten überlassen?

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt:

Die Kohlenpreise sollen wieder eine Erhöhung erfahren. Die letzte Preiserhöhung erfolgte im September 1915 und zwar wurden die Preise wie folgt erhöht: Für Ruhrsteinkohlen um 1 Mk., für schlesische Steinkohlen um 50 Pfg. pro Tonne. Die Preise für Braunkohlen-Briketts vom Rhein und der Lausitz wurden um 2 Mk., die aus Mitteldeutschland um 1 Mk. erhöht. Mit Beginn des neuen Jahres beabsichtigt nun die Kohlenindustrie, eine neue Preiserhöhung durchzuführen, und zwar sollen die Preise für Steinkohlen des Ruhrreviers um 2 Mark, für Koks im Ruhrrevier um 3 Mk., für Braunkohlen-Briketts in Oberschlesien und für Braunkohlen um 2 Mk. erhöht werden. Die preußische Regierung hat dieser in Aussicht genommenen Preiserhöhung nicht entgegentreten können, da ohne diese die Leistungsfähigkeit des heimischen Bergbaues nicht aufrechterhalten werden könne. Seit Mitte des Jahres 1916 ist eine außerordentliche Steigerung der Selbstkosten beim Kohlenbergbau in die Erscheinung getreten. Das ist der Regierung nicht nur von der Kohlenindustrie nachgewiesen worden, sondern das haben auch die Erfahrungen gezeigt, die beim staatlichen Bergbau gemacht worden sind. Dieser hat jetzt eine Jahresmehrausgabe von 12 Millionen Mark. Mit einer weiteren Steigerung der Unkosten ist aber in beträchtlichem Umfang zu rechnen. Wenn daher der Kohlenindustrie nicht eine Aufbesserung des Preises zugebilligt würde, so wäre sie auch nicht in der Lage, in bisheriger Weise die Aufbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter aufrechtzuerhalten. — Es ist erwogen worden, ob nicht besondere Bevölkerungskreise begünstigt oder von der Kohlenpreiserhöhung ganz freigelassen werden könnten. Die Durchführung einer solchen Besserstellung würde aber im Handel auf so große und unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, daß hiervon Abstand genommen werden mußte. Jedoch ist der Braunkohlenindustrie nahegelegt worden, die Braunkohlen-Briketts nur um 1 Mk. pro Tonne zu erhöhen, da diese Industrie nicht die gleiche Steigerung der Gesamtkosten hat wie die Steinkohlen-Industrie. Danach würde sich der Preis für Braunkohlen-Briketts um 5 Pfg. für den Zentner steigern, mit dem Zuschuß für den Handel würde die Steigerung 10 Pfg. betragen. Da der Jahresbedarf einer Familie auf 45—50 Zentner zu schätzen ist, würde eine Familie durch die Kohlenpreiserhöhung eine Mehrausgabe von 5 Mk. haben. Auch den Gasanstalten, Elektrizitätswerken usw. konnte eine bevorzugte Stellung nicht eingeräumt werden, da eine solche praktisch sich nicht durchführen läßt. Unter Berücksichtigung der Erhöhung des Kokspreises um 3 Mk. pro Tonne und im Hinblick auf die höhere Verwertungsmöglichkeit der Nebenprodukte in den Gasanstalten würde übrigens die Gaspreiserhöhung nur ein Viertel Pfennig pro Kubikmeter betragen. — Im vaterländischen Interesse liegt es aber sehr, möglichst viel Koks zu verwenden, da der Bedarf an Nebenprodukten, die bei der Gasbereitung gewonnen werden, während der Kriegszeit außerordentlich zugenommen hat.

Wir kommen auf diese Erhöhung zurück.

Verständigung mit England.

Im Gegensatz zu der konservativen Tagespresse redet ein Artikel im Dezemberheft der „Preußischen Jahrbücher" einer Verständigung mit England das Wort. Der Artikel weist nach, daß es ziemlich ausgeschlossen ist, mit Rußland in absehbarer Zeit wieder in ein gutes Verhältnis zu kommen, und führt dann weiter aus:

„Man vergleiche nun die Ziele der einzelnen Staaten des Vierverbandes, um daran zu ermessen, wie weit sie mit unsern Existenz- und Entwicklungsbedingungen im Widerspruch stehen: Rußland beansprucht Konstantinopel, Galizien und Land im Westen für den russischen Bauern, Frankreich kämpft um Elsaß-Lothringen, Italien streckt seine Hand nach den unerlösten Ländern aus, England aber ist von allen der einzige Staat, welchem es um Erhaltung des Status quo zu tun war. Zwar sehen die Deutschen mit Fug und Recht die große Sünde Englands an der Menschheit darin, daß es den Krieg — nicht angezettelt, denn das geht über die geschichtliche Wahrheit hinaus — wohl aber durch den Anschluß an die franko-russische Gruppe ermöglicht hat. Aber staatsmännisches Denken — wir meinen damit eine Verbindung von nüchterner Berechnung mit alles abwägendem Gerechtigkeitssinn, welcher sich ebenso sehr von Vorlieben wie Abneigungen und Groll fern hält — wird entdecken, daß es leichter ist, zu denjenigen Brücken zu finden, welche den Status quo erhalten, als zu denjenigen, welche ihn zerstören wollen, wird den Engländern den guten Glauben zubilligen, daß ihre Politik zunächst einen prophylaktischen Zweck verfolgte, nämlich die Erhaltung ihres Besitzstandes, welchen sie von Deutschland bedroht glaubten. Diese Bedrohung ist ein Wahn, aber wir haben keine Berechtigung, die bona fides dieses Wahnes anzuzweifeln. Ohne mit solchen Gedankengängen der Feinde zu rechnen, ohne sich von jener heuchlerischen Zeitungsstimmung frei zu machen, welche beim eigenen Volk nur Tugenden und Recht, beim Feind nur Unrecht und Verbrechen sieht, wird kein Staatsmann sich an jenen Tisch setzen können, an welchem die Unterhändler die Grundlagen eines sicheren Friedens finden sollen."

Aus der Partei.

Die Besprechung im Haag und die bürgerliche Presse. Ueber eine Besprechung, die Scheidemann und ich mit Troelstra, van Kol und Huysmans am 7. Dezember im Haag hatten, hat der „Vorwärts" in seiner Nummer vom 12. Dezember Mitteilungen gemacht. Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten über diese Besprechung ist bereits in jener Notiz bemerkt worden, daß sie auf teilweise unrichtigen Informationen beruhen. Trotzdem hat die „Nationalliberale Korrespondenz" in ihrer Nummer vom 16. Dezember eine Notiz der „Times" über diese Besprechung aufgegriffen, die ihr ein Teil der bürgerlichen Presse nachdruckt, um allerlei Anfragen und Kommentare daran zu knüpfen. Ausführungen, die Scheidemann dazu am Sonntag in einer Volksversammlung in Köln machte, werden in der bürgerlichen Presse entstellt wiedergegeben. Deshalb sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt:

Die Besprechung im Haag war schon seit Monaten in Aussicht genommen. Auf unseren Wunsch ist sie vor Wochen verschoben worden. Sie sollte sich lediglich mit der Situation der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern und dem etwaigen Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus beschäftigen. Diese Fragen waren auch Hauptgegenstand unserer Besprechung. Unter anderem ist bei dieser Gelegenheit auch eine uns früher übermittelte Beschwerde über Zwangsmaßnahmen gegen Arbeiter im besetzten Belgien und die jetzige Zwangsabführung nach Deutschland besprochen worden. Wegen der früheren Beschwerde waren wir bei den zuständigen Stellen vorstellig geworden.

Ueber das Resultat der daraufhin geführten Nachprüfung haben wir Mitteilung gemacht. Auch unsere Stellung zur Zwangsabführung der Belgier haben wir dargelegt, und zwar in dem gleichen Sinne, wie das bereits von unseren Vertretern im Haushaltsausschuß und im Plenum des Reichstages geschehen ist. Wir haben auch erklärt, daß wir uns ebenso weiter gegen diese Maßnahme wenden werden. Unsere holländischen Freunde haben wir dabei aber auf die Verschleppung Tausender Ostpreußen durch die Russen und das gleiche Verfahren der Franzosen im Elsaß hingewiesen. Weiter haben wir ihre Aufmerksamkeit gelenkt auf die völkerrechtswidrige Behandlung deutscher Kriegsgefangener in feindlichen Ländern, namentlich in Rußland.

Alle anderen Behauptungen über unsere Besprechung im Haag sind falsch. Unwahr ist insbesondere die Behauptung der „Times", wonach unsere Reise nach vorheriger Verhandlung mit dem Reichskanzler oder im Einverständnis mit der Regierung unternommen sei.

Berlin, den 18. Dezember 1916.

Fr. Ebert.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 19. Dezember.

Die Bürgerschaft bewilligte in ihrer gestrigen Sitzung ohne Debatte eine weitere Million für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. Beim Senatsantrag auf Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände der früheren Irrenanstalt regte Genosse Henze Verbesserungen des Bebauungsplanes beim Hansa-Ring an. Eine bei anderer Gelegenheit gestellte Anfrage des Herrn Thiele nach dem Stand der Beratungen über die Einheitsschule wurde von Herrn Senator Kulenkamp dahin beantwortet, daß die Sache noch immer geprüft wird. Hoffentlich kommt diese Prüfung bald zu einem Ergebnis, das den Wünschen der breiten Volksmassen und großen Lehrerkreisen entspricht. Zu einer Aussprache über das Verbot der Flur- und Treppenbeleuchtung nach 9 Uhr abends, an der sich auch Genosse Bruns beteiligte, kam es beim Senatsantrag auf Bereitstellung von 250 000 Mk. für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamts aus Anlaß des Krieges. Betont wurde, daß eine vollkommene Durchführung dieser Verordnung vielfach garnicht möglich sei. Von Herrn Meyborg wurde bei dieser Gelegenheit der Wunsch geäußert, daß endlich auch die Zollbeamten in den Genuß einer Teuerungszulage kommen möchten.

Eine längere Diskussion zeitigte der Senatsantrag auf Erhöhung der Hundesteuer von 15 Mk. auf 40 Mk. für den ersten Hund, 50 Mk. für den zweiten, 60 Mk. für den dritten Hund usw. Diese Sätze sollten für Hunde gelten, die in der Stadt und innerhalb des inneren Wegebezirks gehalten werden; im Landgebiet waren sie niedriger bemessen. Der Senat suchte seinen Antrag mit einem Schreiben des Reichskanzlers zu rechtfertigen, in dem dieser die Einführung oder Erhöhung von Hundesteuern im Interesse der Volksernährung anregt. Herr Dr. Benda hielt diese Begründung nicht für stichhaltig und stellte einen Antrag, der die Steuer für den ersten Hund in der gegenwärtig bestehenden Höhe festsetzt, aber für die weiteren Hunde eines und desselben Besitzers eine stärkere Heranziehung zur Steuer vorsieht. Für Hunde, die im äußeren Wegebezirk gehalten werden, soll der gleiche Satz wie auf dem Lande gelten, was bisher nicht der Fall war. Unsere Leser finden den genauen Wortlaut des Antrages im Sitzungsbericht. Vom Genossen Löwigt wurde der Senatsantrag gleichfalls entschieden bekämpft. Man schaffe damit ein Hundeprivilegium für die Besitzenden, nehme den weniger bemittelten Hundebesitzern noch das bischen Freude an ihren Hunden in dieser freudearmen Zeit, gewinne aber absolut nicht damit für die Volksernährung, da viele Lebensmittel rationiert sind und es keine besonderen Futtermittel für Hunde gibt. Wenn wirklich Futtermittel durch Abschaffung von Hunden erspart werden könnten, dann doch nur bei großen Hunden, und deren meist wohlhabende Besitzer würden eben auch die erhöhte Steuer tragen. Getroffen wird nur der Aermere. Eine erhebliche Verminderung der Hundezahl habe der Krieg hier auch schon so im Gefolge gehabt und finanziell würde durch die höhere Steuer für den Staat nichts herauskommen. Möglich sei es auch die Steuererhöhung bei einem Einkommen von etwa 3000 Mk. eintreten zu lassen. Die Hunde seien auch nützlich und nicht so unartig, wie manche es hinstellen. Die Herren v. Schack und Boie sind aus den vom Senat angeführten Gründen und weil andere Städte noch höhere Hundesteuern als die beantragte haben, für die Vorlage. Thiele, Henck, Grünau, Niemann, A. Pape und Peckelhoff sprachen sich dagegen aus, während Bankdirektor Rehder und Albers Vermittlungsanträge einbrachten. Schließlich gelangte unter Ablehnung des Senatsantrages der Antrag von Dr. Benda zur Annahme, ebenso ein Antrag Löwigt, die Ziehhunde steuerfrei zu lassen. Es bleibt nun abzuwarten, ob der Senat, der dem Vorgehen des Bürgerausschusses trotz abweichender Meinung sofort folgte, diesem Beschlusse der Bürgerschaft beitreten wird. Sonst bleibt alles beim alten.

Für die Aufhebung der Gesindekrankenkasse und die Ueberführung ihrer Mitglieder in die Allgemeine Ortskrankenkasse traten Genosse Hoff und Malermeister Scheither mit guten Gründen und vieler Wärme ein. Weiter ersuchte Genosse Hoff, eine Härte aus der beantragten Abänderung des Gesetzes über die Gesindekrankenkasse auszumerzen. Leider verhielt sich die Mehrheit der Bürgerschaft ablehnend, nachdem mehrere Redner die angeblichen Vorzüge der Gesindekrankenkasse gepriesen hatten. Einige weitere Senatsanträge wurden angenommen, hingegen der Senatsantrag auf Aufhebung des Gesetzes über die Tagegelder und Reisekosten richterlicher Beamten abgelehnt, weil die Bürgerschaft nicht ein ihr bisher zustehendes Recht aufgeben wollte. Kurz vor 10 Uhr war die Tagesordnung erledigt.

Eine etwas erhöhte Fleischmenge wird in dieser Woche auf die Fleischkarte verabfolgt. Es dürfen abgegeben werden: anstatt 250 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen: 300 Gramm: anstatt 200 Gramm Fleisch ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck, Rohfett: 240 Gramm: anstatt 500 Gramm Wildpret, Frischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven: 600 Gramm. Es wird an die Schlachter soviel Schweinefleisch ausgegeben werden, daß auf jede Fleischkarte für Erwachsene mindestens 200 Gramm Schweinefleisch, für Kinder mindestens 100 Gramm verabfolgt werden können. Der Rest kann in andern Fleischwaren, in erster Linie in Kalbfleisch entnommen werden.

Anmeldung zur Landsturmrolle. Sämtliche Angehörige des unausgebildeten Landsturms I. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. Oktober bis einschließlich 31. Dezember 1899 geboren sind, werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 28. bis einschließlich 30. Dezember 1916, vormittags von 9 bis 1 Uhr, bei nachstehend aufgeführten Meldestellen zur Landsturmrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: Bei dem Polizeibezirk in Russe: Die Mannschaften aus den Gemeinden Russe, Poggensee, Ritzerau. Bei dem Polizeibezirk in Groß-Schretstaken: Die Mannschaften aus den Gemeinden Groß-Schretstaken, Klein-Schretstaken und Tramm. Bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: Die Mannschaften aus den Gemeinden Albsfelde, Behlendorf, Düchelsdorf, Giesensdorf, Harmsdorf, Hollenbeck und Sierksrade. Bei dem Polizeibezirk in Travemünde: Die Mannschaften aus Travemünde, Gneversdorf und den Landgemeinden Brodten, Ivendorf, Rönnau und Teutendorf. Bei dem Polizeibezirk in Schlutup: Die Mannschaften aus Schlutup. Bei dem Polizeibezirk in Kurau: Die Mannschaften aus den Gemeinden Kurau, Dissau und Malkendorf. Bei dem Polizeibezirk in Kücknitz: Die Mannschaften aus Kücknitz und den Landgemeinden Dummersdorf, Pöppendorf, Herrenwyk und Siems. 2. Die in der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Gemeinden wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Mengstraße 6, I. Stock. Bei der Anmeldung haben diejenigen Mannschaften, welche im lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtsschein vorzulegen. Geburtsscheine, gültig für Militärzwecke, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

Diese 10 Gebote für die Aufbewahrung und Verwertung der Kartoffeln ersucht uns der hiesige Ernährungsausschuß zu veröffentlichen:

1. Du sollst nicht vergessen, daß wir in diesem Jahre eine schlechte Ernte gehabt haben. Darum sei Dir jede Kartoffel

2. Du sollst nicht vergessen, daß die Kartoffel eine empfindliche Frucht ist und besonders in diesem Jahre wegen ihres starken Wassergehaltes leicht zum Verderb neigt!

3. Sondere aus den Kartoffeln, die Dir zustehen, sofort alle diejenigen aus, die zuerst verbraucht werden müssen, weil sie nicht mehr lange haltbar sind!

4. Verbrauche die besten Kartoffeln erst in den letzten Tagen des Zehntageabschnittes!

5. Kannst Du von ihnen durch besonders sparsamen Verbrauch erübrigen, nimm die allerbesten in die neue Ausgabe hinüber!

6. Bist Du in der glücklichen Lage, im Keller Kartoffeln für den ganzen Winter oder doch einen Teil zu haben, vergiß nicht, sie allwöchentlich genau zu besichtigen und die schlechteren sofort zu verbrauchen!

7. Lies faule Kartoffeln sofort aus, damit sie die gesunden nicht anstecken!

8. Sorge für gute Lüftung der Kartoffeln im kühlen und trockenem Keller, und schütze sie vor Frost!

9. Schäle die Kartoffeln am Abend vorher, und lege sie die Nacht über in kaltes Wasser!

10. Sei sparsam im täglichen Verbrauch! Schäle dünn oder koche die Kartoffeln mit der Schale 8 Minuten, pelle sie dann ab und laß sie gar kochen!

Die Lübecker Vereinsbrauerei e. G. m. b. H. hielt gestern nachmittag im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst wurde der Jahresbericht, die Bilanz und Abrechnung vom Vorstande gegeben. Die Bilanz schließt in Aktiva und Passiva mit 1 150 234,17 Mk. ab. Nach Abschreibungen in der sehr ansehnlichen Höhe von 95 381,45 Mk. und Zuweisung von 22 000 Mk. an das Bürgschaftskonto verbleibt ein Reingewinn von 51 535,41 Mk. Es wurde beschlossen davon 180 Mk. dem Spezialreservefonds und 3551,34 Mk. dem Reservefonds zu überweisen. Der Aufsichtsrat erhält 3000 Mk. An Dividende werden 5 Prozent ausgezahlt, was die Summe von 15 270,03 Mk. ausmacht. Weiter wurden 2550 Mk. auf Pferde-Reservekonto und 11 000 Mk. auf Kriegssteuer-Reservekonto zurückgelegt, sodaß noch 9984,04 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden können. Einwendungen wurden dagegen nicht erhoben. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 420 mit 892 Anteilen. Wiedergewählt wurden die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder F. Leefe, R. Mihr und Ohde. In der nachfolgenden Aussprache wurde gewünscht, die Generalversammlung möglichst schon Anfang Dezember abzuhalten. Vom Aufsichtsrat wurde dazu bemerkt, daß das auch seinen Absichten entspreche und, wenn angängig, geschehen solle. Von mehreren Wirten wurde es kritisiert, daß man sie nicht rechtzeitig von der letzten Bierpreiserhöhung unterrichtet habe. Vom Vorstande wurde demgegenüber ausgeführt, daß man einer Einhamsterei von Bier vorbeugen wollte und auch aus anderen Gründen dazu nicht in der Lage gewesen sei. Besprochen wurde dann noch aus der Mitte der Versammlung die Bierlieferung durch verschiedene auswärtige Brauereien und die von diesen angestrebten langfristigen Lieferungsverträge nach dem Kriege sowie das unkontrollierbare süddeutsche Bier, das einige hiesige Brauereien zu einem erhöhten Preise an ihre Abnehmer liefern. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Sperrung von Feldpostpäckchen vom 19. bis 24. Dezember. Wir weisen darauf hin, daß in der Zeit vom 19. bis einschließlich 24. Dezember von den Postanstalten keine nichtamtlichen Briefsendungen im Gewicht über 59 Gramm nach dem Feldheer (Feldpostpäckchen) angenommen oder befördert werden.

Mehrere Fälle von Pockenerkrankungen sind hier im Laufe der letzten Wochen zu verzeichnen gewesen. Meistens waren es Fälle leichterer Art. Das hiesige Gesundheitsamt erläßt nun eine Bekanntmachung, in welcher es zur Vornahme unentgeltlicher Wiederimpfung zum Schutze gegen die Pockengefahr auffordert. Das Nähere ist aus dem Inseratenteil ersichtlich.

Gesammelte Obstkerne. Die am 12. Juli begonnene Einlieferung sauberer, getrockneter, sortierter Obstkerne fand Ende November ihren Abschluß. Nachdem nun auch der Abtransport in die Oelmühlen stattgefunden hat, möchte das Rote Kreuz allen Schulen und Privatpersonen, die durch eifriges Sammeln dieses nationale Werk unterstützt und zu dem unerwartet schönen Erfolg verholfen haben, den herzlichsten Dank aussprechen. Eingeliefert wurden insgesamt 8680½ Kilogramm, hauptsächlich Kirsch- und Pflaumenkerne.

Das 12. volkstümliche Konzert ist nur Beethoven und Richard Wagner gewidmet. Von ersterem bringt die Vortragsfolge als Hauptwerk die erste Sinfonie in C-Dur, die von den Ouverturen zu „Fidelio" (E-Dur) und „Egmont" eingerahmt wird. Wagner ist mit dem Vorspiel zum 3. Akt der „Meistersinger", dem Tanz der Lehrbuben und dem Gruß an Hans Sachs vertreten, ferner mit dem Siegfried-Idyll und der Ouverture zu „Tannhäuser".

Hansa-Theater. Freitag, Sonnabend 6 Uhr und Sonntag 4 Uhr finden Familien- und Fremdenvorstellungen statt. Zur Aufführung gelangt das große Weihnachtsmärchen „Die Reise durch das Märchenland". Die ausgegebenen Bons und Ermäßigungskarten haben Gültigkeit.

Hamburg. Schiffsstrandung. Der Hamburger Dampfer „Lulea" strandete, wie aus Stockholm gemeldet wird, am 15. Dezember abends. Die Besatzung wurde gerettet.

Güstrow. Ein Großfeuer entstand am Sonnabend in der an der Speicherstraße gelegenen Sägerei der Wagenfabrik von Carl Milhahn, durch das der Maschinenraum der umfangreichen Sägerei, sowie auch die in dem Maschinenraum aufgestellten Dampfmaschinen ein Raub der Flammen wurden. Die unter einem Druck von etwa acht Atmosphären noch stehenden Dampfkessel konnten vor einer Explosion dadurch bewahrt werden, daß beherzte Männer unter der Führung des Heizers der Maschinen von außen her mittels langer eiserner Stangen die Dampfhähne und Sicherheitsventile der Maschinen abstießen bezw. öffneten. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. Der entstandene Schaden ist mindestens auf rund 50 000 Mark zu veranschlagen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 19. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Auf beiden Sommeufern wurde das Geschütz- und Minenwerferfeuer vorübergehend lebhafter.

Nordwestlich und nördlich von Reims sind französische Abteilungen, die nach starker Feuervorbereitung gegen unsere Gräben vorgingen, zurückgetrieben worden.

Heeresgruppe Kronprinz.

Am Nachmittag steigerte sich auf dem Ostufer der Maas der Feuerkampf. Die Franzosen griffen den Fosseswald an. Die vor unserer Stellung liegende Cambrettes-Ferme blieb nach Nahkampf in ihrer Hand. An allen anderen Stellen der Angriffsfront wurden sie abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich des Narocz-Sees und südlich der Bahn Tarnopol—Zlochow nahm zeitweilig die Artillerietätigkeit zu.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Bei Gutin—Tomnatek, in den Waldkarpathen, wurden russische Patrouillen, an der Valeputna-Straße Angriffe eines russischen Bataillons abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Bei Teilkämpfen wurden in den beiden letzten Tagen über 1000 Russen und Rumänen gefangen eingebracht und viele Fahrzeuge — meist mit Verpflegung beladen — erbeutet.

In der Norddobrudscha hat der Feind seinen Rückzug über zwei ausgebaute Stellungen hinaus nordwärts fortgesetzt.

Die Armee dringt gegen die untere Donau vor.

Mazedonische Front.

An der Struma Patrouillenunternehmungen, die für die bulgarischen und osmanischen Truppen günstig verliefen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

STADTHALLEN.
Ab 1. Weihnachtsfeiertag, 4 und 8 Uhr:
Die Soldaten für die Soldaten!
Ostpreußen!
Ein vaterländisches Soldatenspiel in 3 Akten.
Zugunsten des Kriegsliebesdienstes.
Vorverkauf ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen an der Kasse und bei Rudolph Karstadt.
Rechtzeitig Plätze sichern! (6428

Konsumverein für Lübeck und Umg.

e. G. m. b. H.

Für **Weihnachts-Einkäufe** bringen wir unsern Mitgliedern unsere **Abgabestelle** für 6427

Manufaktur- und Hausstandswaren

in Erinnerung. Empfehlen können wir:

Kleiderstoffe ▪ Blusenstoffe ▪ Leinenwäsche ▪ Fertige Damen- und Kinderwäsche und Schürzen ▪ Unterröcke und vieles andere.

Schulränzel ▪ Handtaschen ▪ Portemonnaies

Nähmaschinen

SPIELWAREN UND PUPPEN.

▪▪ Sämtliche Hausstandssachen ▪▪

Porzellan ▪ Steingut und Emaille

Am Sonntag, dem 24. Dezember ist diese Abgabestelle von 11 bis 4 Uhr geöffnet.

Verordnung.

Auf Grund von § 14 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 1. Dezember 1916 über Kohlrüben wird folgendes bestimmt:

1. Sämtliche im lübeckischen Staatsgebiete vorhandenen Kohlrüben (Steckrüben) sind vom 1. Dezember 1916 ab für den Kommunalverband Lübeck beschlagnahmt.
2. Veräußerungen von Kohlrüben (Steckrüben) bedürfen der Genehmigung des Kommunalverbandes, vertreten durch den Ausschuß für Kriegshilfe, Abteilung städtische Obst- und Gemüsestelle, soweit es sich nicht um Verkäufe von nicht mehr als 5 Zentner unmittelbar an die lübeckischen Verbraucher zur menschlichen Ernährung handelt.
3. Besitzer von Kohlrüben (Steckrüben) dürfen ohne Genehmigung des Kommunalverbandes zu ihrer Ernährung und zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft nicht mehr als täglich 1 Pfund für jede Person verwenden.
4. Tierhalter dürfen Kohlrüben (Steckrüben) in Höhe von täglich höchstens 1/100 ihrer Vorräte verfüttern, wenn die Durchhaltung der Viehbestände des Tierhalters es erfordert und dem Tierhalter andere Futterrüben zur Verfütterung nicht zur Verfügung stehen.
5. Die Steckrüben, die von der städtischen Obst- und Gemüsestelle geliefert sind, sind zur menschlichen Ernährung bestimmt und dürfen nur gegen die vorgeschriebenen Abschnitte der Kartoffelkarte verabfolgt werden.
6. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden auf Grund des § 21 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 1. Dezember 1916 über Kohlrüben mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe bis zu Mk. 10 000 oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

Lübeck, den 19. Dezember 1916. (6444

Der Ausschuß für Kriegshilfe.

Lübecker Vereinsbrauerei e.G.m.b.H.

Bilanz per 30. September 1916.

Aktiva.	Mk	₰	Passiva.	Mk	₰
An Geschäftsanteile (rückständige Ratenzahlungen)	5 469	77	Per Mitglieder-Guthaben 420 Genossen mit 892 Anteilen à Mk. 300	267 600	—
„ Effekten, Bankguthaben und Kasse	54 290	15	„ Sparkasseneinlagen	11 602	37
„ Wechsel	2 319	10	„ Reservefonds	30 256	81
„ Brauerei-Grundstück	78 000	—	„ Kriegssteuer-Reservefonds	9 000	—
„ „ -Gebäude	280 000	—	„ Spezial-Reservefonds	7 590	—
„ Grundstücke und Gebäude II	337 500	—	„ Spezial-Reserve-Reservefonds	3 000	—
„ Sudhaus-Anlage	30 000	—	„ Eismaschinen-Res.-Konto	10 000	—
„ Dampfkessel und Maschinen	67 000	—	„ Pferde-Reserve-Konto	7 450	—
„ Elektrische Anlage	5 000	—	„ Darlehen-Reserve-Konto	10 000	—
„ Brunnen-Anlage	1 000	—	„ Delkredere-Konto	23 133	—
„ Apparate	5 000	—	„ Hypotheken, Brauerei	540 000	—
„ Transport-Fastagen	2 000	—	„ Hypotheken, Grundstücke und Gebäude II	255 440	—
„ Lager-Fastagen	68 000	—	„ Diverse Kreditoren einschl. gest. Brausteuer	93 626	58
„ Pferde, Wagen u. Geschirre	34 001	—	„ Akzepte	30 000	—
„ Flaschen	10 000	—	„ Reingewinn	51 535	41
„ Inventar	851	—			
„ Vorräte	83 051	10			
„ Diverse Debitoren	86 752	05			
	1 150 234	17		1 150 234	17

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.	Mk	₰	Kredit.	Mk	₰
An Fabrikationsunkosten	229 177	16	Per Vortrag v. Betriebsj. 1914/15	16 022	04
„ Unkosten	154 964	14	„ Bier-Erlös	520 138	38
„ Abschreibungen	117 381	45	„ Ertrag für Abfälle	10 737	74
„ Reingewinn	51 535	41	„ Eintrittsgeld	180	—
	547 078	16		547 078	16

Mitglieder-Bestand.

Am 30. September 1915	442	Genossen mit 1089 Anteilen.
Neu eingetreten	15	
	457	
Ausgeschieden durch Tod usw.	37	
Am 30. September 1916	420	Genossen mit 892 Anteilen.

Lübecker Vereinsbrauerei e.G.m.b.H.

Der Aufsichtsrat: H. Fick. J. Goldschmitt. H. Hoffmann. F. Lecke. F. Lüth. P. Pape. F. L. Paetau. Chr. Rath. H. Windel. J. H. Wulff.

Der Vorstand: Joh. Wulf. B. Jeitner. E. Hausmann.

6435 Paul Schetelig, beeidigter Bücherrevisor.

Verein der Musikfreunde.

12. volkstüml. Konzert

Mittwoch, d. 20. Dezemb.

abends 8 Uhr, in der Stadthalle.

Leitung: Dr. Georg Göhler.

Beethoven-Wagner-Abend.

Beethoven, Ouv. „Fidelio" u. „Egmont". Erste Symphonie (C-Dur). Wagner, Vorspiel III. Akt, Tanz der Lehrbuben u. Gruß an Sachs a. „Meistersinger". Siegfried-Idyll-Ouverture „Tannhäuser". (6422

Hansa-Theater.

Mittwoch, 20., Donnerstag, 21. Dezember, 8 Uhr:

Wenn die Soldaten durch die Stadt marschieren.

Freitag, d. 22., Sonnabend, d. 23. Dezember, 6 Uhr:

Familien- u. Fremdenvorstellg.

Die Reise durch das Märchenland. (6439

Vorvk. Zigg. Sager, Kohlmarkt, u. a. d. Theaterk. 10-1 u. ab 6 Uhr.

Stadttheater. 6436

Dienstag, den 19. Dezbr. 1916

Zum letzten Male:

Tiefland.

Oper von E. d'Albert.

Mittwoch, 20. Dezember 1916

Das Dreimäderlhaus

Operette v. Willner u. Reichert. Musik von Fr. Schubert.

Donnerstag, d. 21. Dezbr. 1916

Romeo und Julia.

Schauspiel v. W. Shakespeare.

Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Leder-

kohle
Sorte!
Kein Leder,
beste u. billigste
Ersatz der Steinkohle.
Fabrikniederlage bei
C. Grimm Nachf.,
Schmiedestr. 6.

(6421

Volksküche. 6429

Mittwoch, 20. Dezbr.: Erbsensuppe mit Kartoffeln, Speck.

Donnerstag, 21. Dez.: Rübensuppe mit Kartoffeln.

Freitag, 22. Dezember: Grünkernsuppe mit Kartoffeln.

Ein passendes Weihnachtsgeschenk

bekommen Sie **ohne** Bezugsschein in dem

Lübecker Pantoffel- und Schuhvertriebshaus

6437

Hüxstr. 55.

England und die Sperrung der See

Preis 20 Pfg.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Griebenwurst

80 Pfg. pro Pfund (ohne Marken)

Heinr. Viereck, Schlachtermeister,

Hüxstrasse 96. 6443

Großindustrie und Kriegswirkungen.

Von Richard Woldt.

Preis 10 Pfg.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Nr. 297
23. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 19. Dezember 1916

Scheidemanns Appell.

In einer Rede, die er am Mittwoch in Chemnitz hielt, bat Philipp Scheidemann, wie schon kurz berichtet, die Versammlung, ein Wort über den Saal hinaus sprechen zu dürfen, und sagte:

Unsere Grundsätze schreiben uns Sozialisten vor, für die rasche Beendigung eines einmal ausgebrochenen Krieges zu wirken. Wir deutschen Sozialdemokraten glauben, im Sinne dieser Grundsätze gehandelt zu haben — den Preis einer deutschen Niederlage wollten wir für den Frieden freilich nicht zahlen, aber wir waren sonst bereit, alles zu tun, und ich glaube, wir haben auch alles getan, um die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen.

Und darum halte ich mich auch heute noch berechtigt, ein Wort an alle die im Auslande zu richten, die wir stets unsere Genossen und unsere Brüder nennen durften, mit denen wir jahrzehntelang gemeinsam gekämpft haben, um diese Katastrophe zu verhindern; mit denen wir heute wieder gemeinsam arbeiten wollen, um den furchtbaren Krieg zum Abschluß zu bringen.

Wir haben aus diesem Kriege gelernt. Wir wissen jetzt noch besser als zuvor, was für alle, für den internationalen Sozialisten ebensogut wie für jeden anderen, sein Volk bedeutet. Daß wir in diesem Kriege — nicht, wie es fälschlich hieß, für die herrschenden Klassen oder gar für den Imperialismus —, nein, daß wir in diesem Kriege für unser Volk eintraten, das hat man uns auf mancher Seite schwer verdacht. Wir können nicht verlangen und erwarten, daß sich der englische, der französische Arbeiter zu seinem Volke anders stellt als wir zu dem unseren. Als einer der Vertreter der deutschen Arbeiterklasse glaube ich gerade heute über die Grenze hinweg zu den Arbeitern folgendes sagen zu dürfen: Wenn die Vorschläge der Mittelmächte etwas enthielten, was mit eurer Ehre und eurer Zukunft unvereinbar wäre, dann müßtet ihr sie ablehnen, wie wir sie ablehnen würden, wenn uns von der andern Seite das gleiche zugemutet würde. Aber ihr seid verpflichtet, von euren Regierungen zu verlangen, daß sie die Vorschläge der Mittelmächte sorgfältig prüfen. Würdet ihr die Prüfung dieser Vorschläge selbst ablehnen, dann würdet ihr euch mit einer Blutschuld beladen, wie sie vor der Weltgeschichte noch kein Volk getragen hat. Und damit würdet ihr wahrhaftig nicht der Sache eures Vaterlandes dienen, denn ihr würdet durch ein solches Verhalten die moralischen Faktoren der Kriegführung auf eurer Seite ebensosehr schwächen, wie sie auf der unseren dadurch gestärkt werden müßten. Schon jetzt ist die Ueberzeugung, daß wir gegen den Vernichtungswillen einer ganzen Welt zu kämpfen haben, die den Krieg will, während wir den Frieden wollen, der tiefste Quell unserer Kraft. Würdet ihr diese Ueberzeugung nun noch tiefer in alle deutschen Köpfe einhämmern, dann würdet ihr damit selbst die Arme bewaffnen, die gegen eure Armeen kämpfen.

Wir wollen den Frieden, wollen die Rettung der Welt! Wir deutschen Sozialisten sehen mit Schmerz, daß sich ein großer Teil der ausländischen Sozialisten an dieser Rettungsarbeit — nicht für Deutschland, sondern für ganz Europa — noch immer nicht beteiligt. Wir machen unseren ausländischen Klassengenossen — ich sage es noch einmal — nicht den mindesten Vorwurf daraus, daß sie ihr Vaterland lieben und zu ihm stehen. Aber ich meine: **Wer sein Vaterland liebt, der muß alles daransetzen, ihm den Frieden wiederzugeben.** Die Vaterlandsliebe, die daheim um den Frieden ringt, ist die gleiche wie die, die sich draußen zur Verteidigung des Landes betätigt — sie hat nichts zu tun mit einem eitlen Renommierpatriotismus.

Je länger der Krieg dauert, umsomehr schwindet aus ihm Sinn und Verstand. Ein sogenannter Entscheidungssieg, der nach jahrelangen Kämpfen, die ganz Europa verwüstet haben müßten, von der einen oder der anderen Seite errungen würde, **könnte selbst für den Sieger kein Vorteil mehr sein. Jedes Land wird durch den Kriegstod mindestens ebenso starke Verluste erleiden, als wenn ihm dichtbevölkerte Provinzen entrissen worden wären.**

Ich bezweifle sehr, ob die Länder, die der russische Ministerpräsident Trepow erobern möchte, an Männern, Frauen und Kindern soviel Einwohner zählen, als Rußland durch diesen Krieg schon Männer verloren hat.

Noch schlimmer als Rußland wüten Frankreich und England gegen sich selbst. Soll der Krieg wirklich so lange dauern, bis ganz Europa die Blüte seiner Manneskraft begraben hat? Schon heute weiß kein Land, wie es die ungeheuren Verluste, die ihm dieser Krieg gebracht hat, wieder ersetzen soll. Fortsetzung des Krieges ohne zwingende Notwendigkeit — was wäre das anderes als Selbstmord aus Wahnsinn? Die Prüfung der Vorschläge, die die Vertreter der Mittelmächte ihren Gegnern unterbreiten wollen, wird, wie ich erwarte, eine solch zwingende Notwendigkeit nicht abgeben. Eine Verständigung ist möglich, eine Verständigung muß möglich sein.

Werden Verhandlungen eingeleitet, so hat jeder Staat die Pflicht, seine Interessen bei ihnen wahrzunehmen, und jeder hat das Recht, einen ehrlosen und unwürdigen Frieden abzulehnen. Dem Staate aber, an dessen Eigensinn und Machthunger die Verhandlungen scheitern, würde die Verantwortung für alles Kommende zufallen. Noch kann Europa, wenn es sich besinnt, einer besseren Zukunft entgegengehen, einer Zukunft des dauernden Friedens, der Freiheit und der Wohlfahrt, die freilich nach so entsetzlichen Verlusten nur in harter Arbeit gewonnen werden kann. Möge uns das Ergebnis des 12. Dezember den Glauben an die Menschheit wiedergeben! Wird er uns aber durch die Einsichtslosigkeit verblendeter Gegner zur Enttäuschung, dann werden wir zur Verteidigung unseres Volkes gegen einen Feind, der unsere Vernichtung will, in fester Entschlossenheit zusammenstehen bis auf den letzten Mann.

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 18. Dezember.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet um 6½ Uhr die Sitzung.

Eine Anzahl Kriegsinvaliden ersuchten in einer Eingabe, ihnen Arbeiterwochenkarten für die Straßenbahn zu gewähren.

Klein ersucht darüber am Schlusse der Sitzung zu verhandeln.

Der Wortführer macht darauf aufmerksam, daß über Arbeiterwochenkarten ein Beschluß von Rat und Bürgerschaft bestehe.

Klein ersucht, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Bürgerschaftssitzung zu setzen.

Diesem Wunsche soll entsprochen werden.

1. Antrag: Abänderung des Bebauungsplanes für das Gelände der früheren Irrenanstalt.

Glasau fragt, wie es mit den Vorgärten an der Hohenlandstraße gehalten werden soll.

Senator Dr. Stooss erklärt, darüber sei noch kein Beschluß gefaßt worden.

Henze bemängelt den geplanten jackartigen Ausbau der Hansastraße, die direkt auf die Einfriedigung der Bahn auslaufe. Man könnte ein unschönes Bild vermeiden, wenn dort Häuser errichtet würden.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen.

2. Antrag: Bau eines Hauptziels im Zuge der Finkenstraße, der Lachswehr-Allee und der Wielandstraße.

Der Antrag wird debattelos mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Bewilligung weiterer Mittel für außerordentliche Ausgaben aus Anlaß des Krieges. (1 Million Mark.)

Wird endgültig angenommen.

4. Antrag: Fortführung und fernere staatliche Unterstützung des bisher von Frl. Ina Freese geleiteten Privatlyzeums.

Thiele fragt, wie weit die Sache der Einheitsschule gediehen sei.

Senator Kulenkamp erwidert, diese Frage sei nicht so einfach. Das Problem werde natürlich weiter aufmerksam verfolgt.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Bereitstellung von Mitteln für außerordentliche Ausgaben des Polizeiamtes aus Anlaß des Krieges im Rechnungsjahre 1916 (250 000 Mk.).

v. Schack findet die Summe zwar hoch, sie müsse jedoch bewilligt werden. Redner kommt ferner auf die Bekanntmachung über die Brennstoffersparnis zu sprechen und fragt, ob mit dem Verbot, die Treppenbeleuchtung um 9 Uhr in gemeinsamen Hausfluren einzustellen, auch eine Pflicht bestehe, die Haustüren um diese Zeit zu schließen, um Diebesgefahr zu begegnen.

Senator Dr. Neumann hält eine Abschließung um 9 Uhr für ratsam, die Hauseigentümer seien dazu berechtigt, einer polizeilichen Verordnung bedürfe ein solches Vorgehen nicht.

Albers bespricht wieder die generelle Verfügung der Außenbeleuchtung, die vielfach auch die Beleuchtung der Geschäftseingänge gewesen sei. Ein Bescheid darüber, wie man sich zu verhalten habe, hätte zehn Tage auf sich warten lassen, während das Verbot in einer Stunde ausgesprochen wurde. Die Geschäftsleute wären in dieser langen Zeit haftbar gewesen.

Senator Dr. Neumann entschuldigt dies mit der Ueberlastung der Beamten.

Jenne zieht die vielen Verordnungen an, aus denen man kaum mehr klug werde. Ganz genau werde sich die Verordnung über Treppenbeleuchtung kaum durchführen lassen. Bei Besuch im Hause oder bei Reinigung der Treppen in Geschäftshäusern könne man nicht genau nach dem Buchstaben des Gesetzes handeln. In Schulen sei bei der Reinigung vielfach spät Licht vorhanden, da würden ja die Behörden selbst gegen das Gesetz verstoßen.

Senator Dr. Neumann führt an, die Verordnung sei nicht hier, sondern in Berlin gemacht worden. Eine buchstäbliche Anwendung werde der prüfende Beamte nicht befolgen.

Albers meint, es müsse eine wahre Freude sein, heute Polizeisenator zu sein, bei der Lammesgeduld der Bewohner und der Gehorsamkeit der Bürgerschaft. Im allgemeinen komme statt Rücksichtnahme gegenüber Geschäftsleuten gleich eine Vorladung. Die Behörden könnten auch etwas sparsamer sein, man dürfe abends nur einen Blick auf das hellerleuchtete Postgebäude werfen. Aus der Lammesgeduld der Menschen könne aber auch eine Wolfsnatur zum Vorschein kommen.

Bruns ist der Ansicht, daß die Verordnung nicht für Geschäftshäuser Geltung habe, wo Hofräume vorhanden sind, in denen Verkehr herrscht.

Klein spricht Herrn Albers jede Kenntnis darüber, ob in der Post Licht verschwendet wird oder nicht, ab.

Meyborg klagt, daß die hiesigen Zollbeamten bis jetzt keine Teuerungszulagen erhalten hätten. Der Senat möge dafür eintreten, daß dieses bald geschehe.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

6. Antrag: Erlaß eines neuen Hundesteuergesetzes.

Dr. Benda beantragte: „Die Steuer beträgt für das Kalenderjahr a) für einen Hund, der von einem Bewohner der Stadt Lübeck oder deren Vorstädte mit Ausnahme des äußeren Wegebezirks und des durch Gesetz vom 13. November 1912 eingemeindeten Gebiets gehalten wird, 15 Mk.; b) für einen Hund, der von einem Bewohner des übrigen Staatsgebietes gehalten wird, 6 Mark. Werden von derselben Person oder von mehreren Familienmitgliedern in demselben Haushalt zwei oder mehr Hunde gehalten, so erhöht sich der Steuerbetrag und zwar bei a (innere Stadt und Vorstädte, mit Ausnahme des äußeren Wegebezirks) für jeden weiteren Hund um je 10 Mk., so daß für den ersten Hund 15 Mk., für den zweiten Hund 25 Mk., für den dritten 35 Mk. usw. zu zahlen sind, und bei b (übriges Staatsgebiet) für jeden weiteren Hund um 5 Mk., so daß für den ersten Hund 6 Mk., für den zweiten 11 Mk., für den dritten 16 M usw. zu zahlen sind." Redner erinnert daran, daß vor einigen Jahren die Bürgerschaft eine Verbesserung des Hundesteuergesetzes beschlossen hätte, der Senat dieser aber nicht beigetreten sei. Eine Beeinträchtigung anderer Leute in bezug der Nahrungsmittel komme bei der jetzigen Rationierung nicht in Frage. Notwendig sei jetzt erst recht, Wachthunde zu haben. Ein Grund für eine Erhöhung der Steuer des ersten Hundes liege heute durchaus nicht vor.

Senator Dr. Neumann erklärt, der Senat habe bestimmten Anlaß gehabt, sich mit dieser Vorlage zu beschäftigen. Der direkte Anlaß sei vom Reichskanzler gekommen, der eine Verminderung der Hunde im Interesse der Volksernährung gewünscht habe. Diese Verminderung werde durch eine Erhöhung der Steuer erzielt. Man dürfe diesen hauptsächlichen Gesichtspunkt nicht aus dem Auge verlieren.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

49. Fortsetzung.

7.

Mitten auf der Straße hielt eine Equipage, zierlich und vornehm aussehend, mit einem Paar feuriger grauer Pferde bespannt; es saß niemand in derselben und der Kutscher, vom Bock gestiegen, stand neben derselben, die Pferde an dem Zaume haltend. Ringsum drängte sich Volk in dichter Menge, vor demselben standen Polizeileute. Der eine derselben hielt eine brennende Laterne in der Hand, mit welcher er sich vorbeugte, um etwas auf dem Pflaster, an den Rädern zu beleuchten. Alles schwatzte, schrie und jammerte durcheinander; der Kutscher schien sehr kleinlaut und äußerte bisweilen:

„Welches Unglück, Herr Gott, welches Unglück!"

Raskolnikow drängte sich durch so gut es ging und gewahrte endlich den Gegenstand des Gedränges und der Neugier. Auf der Erde lag ein soeben von den Pferden niedergetretener Mensch, besinnungslos; er war, wie es schien, sehr armselig bekleidet, obwohl sein Rock aus feinem Tuch gefertigt war. Das Blut strömte ihm vom Gesicht und vom Kopfe; sein Antlitz war zerschlagen, geschunden und unkenntlich; er war augenscheinlich arg verletzt.

„Gott", lamentierte der Kutscher, „wie kann man das sehen! Wäre ich darauf losgefahren, hätte ich nicht noch gerufen — ich fuhr aber doch ganz langsam, ganz gleichmäßig, alle haben es gesehen. Ein Trunkener kümmert sich nicht um Lichter. Ich habe ihn noch über die Straße gehen sehen, er wankte, fiel beinahe zu Boden; ich schrie einmal, dann wieder, ein drittes Mal und hielt dann die Pferde an, aber er war ihnen gerade zwischen die Hufe gelaufen und stürzte nieder; er scheint es absichtlich getan zu haben; meine Pferde sind jung und mutig, sie hielten an, aber da schrie er schon — das Unglück war geschehen."

„So ist es allerdings", rief einer der Augenzeugen aus dem Haufen.

„Er hat gerufen, das ist wahr; dreimal hat er gerufen!" bestätigte ein anderer.

„Genau dreimal, alle haben das gehört," ein dritter.

Der Kutscher war gar nicht besonders niedergeschlagen oder erschreckt. Offenbar gehörte die Equipage einer reichen und bedeutenden Persönlichkeit, welche deren Ankunft irgendwo erwarten mochte. Die Polizeileute bemühten sich, das Hindernis zu entfernen; man begann den Verunglückten hervorzuholen, um ihn ins Krankenhaus bringen zu lassen; niemand kannte seinen Namen.

Unterdes hatte Raskolnikow sich durchgedrängt und trat näher. Der Schein der Laterne fiel plötzlich hell auf das Gesicht des Armen — da erkannte er ihn!

„Ich kenne ihn, ich kenne ihn", rief er, ganz hervortretend, „es ist ein Beamter, ein ehemaliger, der Titularrat Marmeladow; er wohnt hier in der Nähe, im Hause Kosels. Schnell einen Doktor, ich will ihn bezahlen!" Er zog Geld aus der Tasche und zeigte es dem Polizisten. Raskolnikow befand sich in einer seltsamen Aufregung.

Die Polizisten waren erfreut, daß jemand den Verunglückten rekognoszierte; Raskolnikow gab auch seinen eigenen Namen, sowie die Adresse zu Protokoll und ließ mit Aufbietung aller Kräfte, als handle es sich um seinen leiblichen Vater, so schnell als möglich den besinnungslosen Marmeladow in dessen Wohnung schaffen.

„Dort, drei Häuser weiter", rief er, „das Haus Kosels, eines reichen Deutschen! Wahrscheinlich war er jetzt wieder berauscht nach Hause gegangen; ich kenne ihn, er ist ein Trunkenbold, hat Familie, ein Weib, Kinder, eine Tochter. Während er erst ins Krankenhaus geschafft wird, kann hier der Arzt schon bei ihm sein! Ich will alles bezahlen! Er muß sofort Hilfe haben, oder er stirbt auf dem Transport zum Krankenhaus!"

Er selbst zögerte nicht, Hand mit anzulegen; das Vorgehen war ja auch völlig gerechtfertigt, jedenfalls war hier die Hilfeleistung am schnellsten möglich. Man hob den Ueberfahrenen auf und trug ihn fort, es fanden sich schnell Behilfliche. Das Haus Kosels befand sich dreihundert Schritte entfernt, Raskolnikow folgte, vorsichtig den Kopf des Besinnungslosen haltend und den Weg bezeichnend.

„Hierher, hierher! Die Treppe müssen wir ihn mit dem Kopf nach oben hinauftragen, dreht Euch um! So! Ich werde schon alles zahlen," murmelte er.

Katharina Iwanowna ging wie immer, wenn sie eine Minute frei von der Arbeit hatte, rastlos auf und nieder in ihrem engen Raume, vom Fenster zum Ofen und wieder rückwärts, die Hände krampfhaft auf der Brust gekreuzt, mit sich selbst sprechend und hustend. In der jüngsten Zeit hatte sie häufiger und mehr mit ihrer ältesten Tochter gesprochen, der zehnjährigen Polenka, welche, obwohl sie vieles noch nicht verstand, doch schon recht gut begriff, daß sie der Mutter unentbehrlich sei, und daher folgte sie dieser mit ihren großen klugen Augen und gab sich die größte Mühe, um ihr Verständnis für alles zu zeigen. In diesem Augenblick hatte sie soeben das kleine Brüderchen, welches den ganzen Tag über unwohl gewesen, entkleidet, um es zu Bett zu bringen. In der Erwartung, daß man ihm das Hemdchen ausziehen werde, welches während der Nacht gewaschen werden sollte, saß der Kleine mit ernster Miene auf dem Stuhl, steif und unbeweglich die kleinen Beinchen vorgestreckt, fest zusammengehalten und die Zehen gespreizt. Er horchte auf, wie die Mutter mit der Schwester sprach, die Lippen geöffnet, die Augen starr geöffnet und ohne sich zu rühren, so wie alle artigen Kleinen gewöhnlich sitzen, wenn sie auszekleidet werden, damit sie schlafen gehen sollen. Nicht so fein Schwesterchen, welches ganz in Lumpen gehüllt am Bettschirm stand und wartete, bis die Reihe an sie kommen würde. Die Tür nach der Treppe war geöffnet, damit soviel als möglich Befreiung von den Wolken des Tabakdampfes erzielt würde, welcher aus den Nebenzimmern dringend der unglücklichen Kranken quälenden Husten verursachte. Katharina Iwanowna war jetzt noch elender geworden und die roten Flecke auf ihren Wangen glühten noch höher als vorher.

„Du glaubst nicht, du kannst dir nicht denken, Polenka," sprach sie in der Stube auf- und niedergehend, „wie heiter und in Ueberfluß wir im Hause Papas gelebt haben, und wie mich dieser Trunkenbold ins Verderben gestürzt hat, so wie Euch mit! Papa war Oberst und fast schon Gouverneur; nur noch einen Schritt hatte er zu tun, dann wären sie alle zu ihm gefahren und hätten ihm gesagt, Iwan Michailitsch, wir haben dich nun zu unserm Gouverneur, da habe ich" — sie hustete — „o dreimal verfluchtes Leben!" rief sie aus, spie und griff sich nach der Brust, „als ich, ja, als mich auf dem letzten Balle, beim Kommandeur, die Fürstin Beszemelnaja sah, die mich in der Folge sehr auszeichnete. Sie frug auch, als ich deinen Vater heiratete, Polenka, sogleich: „Ah, ist dies nicht jenes liebe Mädchen, welches so reizend tanzte?" — Du mußt da jenen Schlitz zunähen; hättest du doch sogleich die Nadel genommen und zugestopft, wie ich es dir gelehrt habe, aber morgen — morgen," sie hustete von neuem, „wird es weiter zerreißen!" rief sie sich dehnend. „Damals war der Kammerjunker Fürst Schtschegolsky eben erst aus Petersburg angekommen, der tanzte mit mir eine Mazurka und wollte am nächsten Tage bereits mit meinen Eltern sprechen, aber ich dankte ihm in den schmeichelhaftesten Ausdrücken und sagte, daß mein Herz bereits einem andern gehöre. Dieser andere war dein Vater, Polenka. Mein Papa geriet in außerordentlichen Zorn — ist denn das Wasser fertig, tu das Hemd hinein und die Strümpfe — Lida," wandte sie sich zu ihrer kleineren Tochter, „du mußt diese Nacht ohne Hemd schlafen — die Strümpfchen lege dazu, sie müssen mit gewaschen werden. Daß dieser Lump nicht kommt, der Trunkenbold! Er hat sein Hemd abgetragen wie einen Wischlappen und ganz zerrissen — das hätte gleich mit gewaschen werden können, damit man sich nicht zwei Nächte quält. Gott!" Sie hustete wieder heftig. „Was ist das?" schrie sie auf, den Menschenhaufen auf dem Vorsaal gewahrend, welcher sich mit einer Bürde in die Stube hereindrängte. „Was ist! Was bringen sie denn da? Gott im Himmel!"

(Fortsetzung folgt.)

Löwigt betont, die jetzige Zeit sei allerdings nicht besonders dazu angetan, sich mit Hundedebatten zu beschäftigen, da uns größere Sorgen bedrückten als die mehr oder weniger hohe Besteuerung der Hunde. Wenn es dennoch zu einer längeren Aussprache komme, so treffe die Schuld den Senat, der die Vorlage jetzt vor die Bürgerschaft gebracht habe. Sie bezwecke einmal eine größere Einnahme für den Staat, zum anderen eine Einschränkung der Hundehaltung. Jetzt sei als neuer Grund für die Verminderung der Hunde die Volksernährung aufgeworfen worden. Dabei werde ein Schreiben des Reichskanzlers und des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes angeführt. Mit Recht habe schon Herr Dr. Benda hervorgehoben, daß diese Steuer keine Aenderung in der Volksernährung bringen werde, da sie keinerlei Einfluß auf sie habe. Das Schreiben des Reichskanzlers sei schon eingetroffen, bevor eine allgemeine Rationierung der Lebensmittel, besonders des Fleisches, erfolgt sei. Uebrigens folge man dem Reichskanzler nicht in allen seinen Vorschlägen, sonst müßten wir den von ihm empfohlenen staatlichen Arbeitsnachweis längst errichtet haben. Auch was von Kriegsernährungsamt angeordnet werde, sei nicht immer zweckmäßig, wie sich auf dem Gebiete der Volksernährung gezeigt habe. Manche kleinen Leute halten die Hunde, weil sie eine besondere Freude an ihnen haben und in dieser freudearmen Zeit sollte man ihnen dieses letzte nicht rauben. Sie müßten aber zur Abschaffung ihres Tieres kommen, wenn die Steuer so scharf angezogen würde, wie der Senat es wünscht. Durch die paar Brocken, die für den Hund abfallen, werde die Allgemeinheit nicht beeinträchtigt, denn kein Hundebesitzer erhalte Futtermittel zugewiesen. Die Zahl der Hunde ist in der Stadt von 2037 im Jahre 1912 auf 1800 in diesem Jahre gesunken. Es sei also bereits eingetreten, was das Polizeiamt als Grund für seinen früheren Antrag angeführt habe. Die Wirkung der Steuer werde sein, daß Wohlsituierte ihre Hunde behielten und die Minderbemittelten sie abschaffen müßten, also ein Hundeprivileg für die Besitzenden. Diese hätten aber alle schon so viel Schönes vor den Aermeren voraus, daß man letzteren nicht noch das bißchen Freude am Hunde nehmen sollte. Mit dem Ausdruck phantastisch habe man den Antrag v. Schack noch sehr milde bezeichnet, er habe die Erdrosselung der Hunde der Minderbemittelten zur Folge. Dagegen könne man dem Antrag Dr. Benda, der den zweiten Hund höher besteuert, sehr wohl zustimmen. Der Senat habe nicht nötig gehabt, dem erhöhten Satz der Kommission zuzustimmen, wenn er davon überzeugt war, daß sein Satz der richtige war. Uebrigens sei die Strömung in der Bevölkerung auch anderorts einer Hundesteuererhöhung nicht günstig; wo sie beschlossen wurde, ist das mit ganz geringen Mehrheiten geschehen. Für den Staat komme bei einer schärferen Steuer nicht viel heraus, den kleinen Leuten, Kriegerfrauen und Kindern zerstöre man aber manche Freude. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Thiele wundert sich über diese Vorlage in jetziger Zeit. Wer Tierfreund ist, ist auch Menschenfreund. Eine Katzensteuer wäre angebrachter. Zur Sicherheit des Hauses sei ein Hund für manche unentbehrlich.

v. Schack: Die Steuer hat mit dem Tierfreund und -feind gar nichts zu tun. Ich trat für eine Erhöhung ein, weil mich die Verfügung des Reichskanzlers dazu veranlaßte. Wer gerecht ist, muß doch sagen, daß viele Hunde als Luxushunde herumlaufen. Dem kleinen Mann soll niemand seinen Ziehhund wegnehmen, oder gar einen Wachthund entreißen. Wer aber einen Wachthund hat, dem bringt ein solcher die 40 Mk. ein. Schwerin führt jetzt sogar eine Hundesteuer von 50—100 Mk. ein, da kann man doch nicht von phantastischen Zahlen reden. Stettin fordert 50, Rostock 50—60 Mk. Es handelt sich bei uns um eine kriegswirtschaftliche Maßnahme; auch dem Unfug, den die Hunde anrichten muß damit gesteuert werden. Die Steuer kann ja in mehrmaligen Raten bezahlt werden, um eine Erleichterung zu schaffen.

Hunt (Blücherplatz) ersucht, dem Antrag Dr. Benda zu folgen. Die Unsicherheit auf dem Lande nehme ständig zu, gestohlen werde jetzt über Fuderweise. In Dummerstorf habe ein Mann sein Schwein bewacht und währenddem habe man ihm sein Leinenzeug gestohlen. Hätte er einen Hund gehabt, wäre dies nicht passiert.

Grönau wundert sich, daß der Bürgerausschuß 60 Proz. über den Senatsantrag hinausgehen konnte. Ihren Wählern gegenüber können die Herren, die eine derartige Erhöhung befürworteten, dieses kaum vertreten. Wenn die Polizei nicht mehr imstande ist, vollen Schutz zu gewähren, dann dürfe man die Hunde nicht noch höher besteuern, die den nötigen Schutz leisteten. Redner fragt, was Herr v. Schack wohl sagen würde, wenn hier eine Kunst- und Gebäudesteuer eingeführt würde, die von Berlin aus empfohlen würde.

Niemann (Schlutup) verteidigt den Hundeschutz.

Bode tritt für eine höhere Steuer ein, um eine belästigende Vermehrung der Hunde hintanzuhalten. In Deutschland seien etwa 2 Millionen Hunde, die, wenn auch nicht den Menschen, so doch dem Nutzvieh Nahrungsmittel entziehen würden. Wachthunde auf dem Lande und in den äußeren Wegebezirken sollen Ermäßigung genießen.

Löwigt: Ich sehe keinen Grund darin, bei uns diese Steuer zu erhöhen, weil es in Hamburg oder Schwerin geschieht. Herrn Bode kann ich nicht beistimmen, wenn er glaubt, daß durch die Hunde anderem Nutzvieh Futtermittel entzogen würden. Wie manche unbemittelte Hundehalter sparen sich das vom Munde ab, was sie dem Hunde geben. Große Hunde werden freilich nicht abgeschafft, selbst wenn die Steuer erhöht wird, denn sie werden durchweg von Wohlhabenden gehalten. Die Minderbemittelten halten sich den Hund, einmal zur Wache und zum andern aus Liebe zum Tier. Und wenn weiter der Unfug von Hunden angeführt wird, dann muß doch auch gesagt werden, daß lange nicht alles auf ihr Konto gesetzt werden darf, sondern daß auch andere Kreaturen mit Gleichem Unfug treiben. Schwerin sollte man nicht anführen, dort erreicht man, daß nur Beamte und Rentner Hunde halten können, nicht aber die Arbeiter, wie ja in Mecklenburg die Arbeiter nur wenig Recht besitzen. Dann nimmt man noch weniger Rücksicht auf die Minderbemittelten wie in Lübeck. Herr von Schack ist ein solch großer Tierfreund, daß er die Hunde der kleinen Leute aus lauter Liebe erdrosseln möchte. Auch eine Heraufsetzung der Hundesteuer schaffe keine Gerechtigkeit, sondern erhöhte Verwaltungsausgaben. Wenn Sie schon auf die Minderbemittelten Rücksicht nehmen wollen, dann gibt es noch einen Weg, und der ist die Steuererhöhung erst bei einer gewissen Einkommensgrenze, vielleicht bei 3000 Mk., durchzuführen. Doch ist mir der Antrag Benda lieber. Besser aber ist, sie bringen den § 1 der Vorlage um als die Hunde. Den Antrag Zieh- und Wachthunde freizulassen, habe ich schon vor 3 Jahren gestellt und ich nehme ihn heute wieder auf. Wenn Sie aber das ganze Gesetz ablehnen, verschaffen Sie manchen Familien eine Weihnachtsfreude.

Scheither glaubt, Herr Löwigt habe nur für die ärmere Bevölkerung gesprochen. Da hier so viele neue Momente vorgekommen sind, beantragt Redner nochmals Kommissionsberatung.

Direktor Rehder schlägt eine Erhöhung auf 25 Mk. vor, dagegen müsse das Halten von mehreren Hunden in einer Familie stark besteuert werden, und zwar um je 25 Mk.

Aug. Pape glaubt nicht, daß in Lübeck der Anrege des Reichskanzlers Folge gegeben werden könne, denn die Diebstähle nehmen stark überhand.

Albers schlägt vor, für Leute bis 2000 Mk. Einkommen den alten Steuersatz zu belassen.

Löwigt erklärt, einen Eventual-Antrag zu stellen, wonach die Steuer erst von 3000 Mk. erhöht werden soll. Das Geld habe heute kaum noch den halben Wert wie vor dem Kriege.

Dr. Benda sieht in dem Antrag Albers einen Punkt, der zum Anlaß genommen werden kann, die Steuer überhaupt zu umgehen.

Peckelhoff glaubt, daß wir bei Abschaffung von Hunden um so mehr Einbrecher im Gefängnis zu füttern hätten.

Kommissionsberatung wird abgelehnt, ebenso der Senatsantrag und der Antrag von Direktor Rehder, womit auch der Zusatzantrag von Albers fällt. Der Antrag von Dr. Benda wird angenommen.

Zu § 3 stellt Löwigt den Antrag, Ziehhunde steuerfrei zu lassen.

Dieser Antrag wird angenommen.

Schließlich wird das ganze Gesetz mit den beschlossenen Abänderungen mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

7. Antrag. Aufhebung des Gesetzes vom 21. April 1879, die Tagegelder und Reisekosten der von Lübeck ernannten Richter und Gerichtsbeamten sowie des Staatsanwalts und dessen Stellvertreters betreffend.

Albers ist gegen das Gesetz, weil sich die Bürgerschaft dadurch eines Rechtes begibt.

Senator Dr. Vermehren glaubt, die Bürgerschaft soll nur ein Recht preisgeben, auf das sie kein Anspruch habe. Die Reisen, die unsere Richter und Gerichtsbeamten machten, erstreckten sich nur auf das lübsche Staatsgebiet, es handle sich also um eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht um eine grundsätzliche.

Schneider ist für Ablehnung des Senatsantrages. Seit 38 Jahren hätten die Sekretäre und Assistenten die Berechtigung 2. Klasse zu fahren, und dieses Recht werde ihnen nun mit einem Federstrich weggewischt. Die neue Verordnung würde zu ständigen Reibungen führen, was Redner an Beispielen zu erläutern versucht.

Senator Dr. Fehling glaubt über diese Bedenken werde man leicht hinwegkommen, das seien keine Gründe, die in Frage kommen dürften.

Dr. v. Brocken meint, es lohne sich nicht, wegen der 300 bis 400 Mk., die in Frage kämen, ein Mitbestimmungsrecht der Bürgerschaft zu verlangen. Verständiger sei es, im Interesse der Einheitlichkeit der Beamten das besondere Gesetz für die Gerichtsbeamten aufzuheben.

Schneider würde es bedauern, wenn aus der Verordnung nichts würde, aber so wie vorgeschlagen, dürfe sie nicht verwirklicht werden. Auch die Umzugskostenfrage müßte im Wege der Verordnung geregelt werden.

Der Senatsantrag wird hierauf abgelehnt.

8. Antrag. Abänderung des Gesetzes vom 15. November 1913, betr. die Gesindekrankenkasse.

Scheither hätte es lieber gesehen, wenn auch die Dienstboten der Allgemeinen Ortskrankenkasse angehörten. Jetzt herrsche ein Durcheinander, Tagesmädchen zählten zur Orts-, Dienstmädchen zur Gesindekrankenkasse, wodurch sie sich schlechter stellten. Auf eine gute Versicherung werde aber gesehen. Redner ersucht, bei einer weiteren Erhöhung der Beiträge die Gesindekrankenkasse aufzuheben und in die Ortskrankenkasse überzuführen.

Hoff ist erfreut darüber, daß auch aus anderen Kreisen die Beseitigung der Gesindekrankenkasse gewünscht wird. Durch deren Einführung sei zweierlei Recht geschaffen worden. Die Dienstboten auf dem Lande sind jetzt etwas besser gestellt als in Lübeck. Das gehe auch wieder aus dieser Vorlage hervor. Die Dienstboten, die aus der Gesindekrankenkasse ausscheiden, müssen erst die neue Mitgliedschaft bei einer anderen Krankenkasse erwerben und hätten so nicht die Rechte, die sie eigentlich haben sollten. Scheidet jetzt ein Dienstbote aus der Gesindekrankenkasse aus und wird bei der Ortskrankenkasse Mitglied, hat es ein halbes Jahr lang nur Anspruch auf die Regelleistung. Auch kann ein Dienstbote nicht freiwilliges Mitglied werden, wenn es vor 6 Wochen ausscheidet. Das sind so erhebliche Nachteile, die dazu geführt haben, daß ein armes Dienstmädchen, das Jahre lang Beiträge bezahlt hatte, noch der Armenkasse zur Last fiel. Deshalb sollte man dem Ersuchen des Herrn Scheither Folge geben. Im allgemeinen sind die Anträge eine Verbesserung gegenüber den jetzigen Verhältnissen, viel besser ist es jedoch, die Gesindekrankenkasse ganz auflösen zu lassen. Auch die Verwaltungskosten könnten dadurch herabgesetzt werden, die paar faulenz Mitglieder würden bei der Ortskrankenkasse in dieser Beziehung nicht viel ausmachen. Die Gesindekrankenkasse arbeitet jetzt nur verhältnismäßig billig, weil es sich meistens um junge kräftige Personen handelt, dann aber auch, weil ihr der Verwaltungsapparat vom Staat zur Verfügung gestellt wird.

Dr. v. Brocken ist gegen das Ersuchen Scheithers, da es Einzelinteressen auswelle. Die Leistungen der Kasse seien gut, die Beiträge für die Dienstboten billig.

Köster ist für die Beibehaltung der Gesindekrankenkasse. Man sollte sie eher weiter ausbauen und auch die Tagesmädchen darin aufnehmen.

Scheither tritt wiederholt für sein Ersuchen ein.

Senator Dr. Lienau sieht noch weitere Vorteile in der Gesindekrankenkasse als hervorgehoben wurde.

Hoff weist gegenüber Köster darauf hin, daß die Leistungen der Gesindekrankenkasse geringer sind als die der Ortskrankenkasse. Ihre Nachteile haben weder der Senat noch Herr Köster hervorgehoben. Diese seien so einschneidend, daß demgegenüber der höhere Beitrag zur Ortskrankenkasse gar nicht ins Gewicht falle. Die Beiträge in der Gesindekrankenkasse seien deshalb niedriger, weil ihr der Verwaltungsapparat des Staates zur Verfügung stehe. Indirekt müßten diese Mittel aber doch durch das Budget bewilligt werden. Es komme nur eine Ersparnis zugunsten der Herrschaften heraus. Redner hebt besonders hervor, er spreche hier nicht als Vertreter der Ortskrankenkasse, sondern vom seinem Standpunkt zum vorliegenden Gesetz. Er halte das Bestehen solcher Sonderkassen für verfehlt. Sie seien nur vereinzelt anzutreffen und gerade in den Hansestädten. Weder in Preußen noch in Süddeutschland seien sie vorhanden. Sonst richte man sich hier nur immer nach großen Staaten, da könne man sich auch danach richten, wenn es sich um Dienstmädchen handle.

Senator Dr. Fehling glaubt, der Zeitpunkt für den Scheitherschen Antrag sei erst dann gekommen, wenn eine weitere Beitragserhöhung in Frage stehe. Jetzt handle es sich um Verbesserungen.

Hoff beantragt die Streichung des Satzes, wonach das Krankengeld länger als eine Woche rückwärts, vom Eingange des Antrages an gerechnet nicht gewährt wird. Dies bedeute eine weitere Beschneidung der nicht sehr erheblichen Rechte. Es werde zwar gesagt, die Mitglieder müßten, wenn sie sich krank fühlen, dazu angehalten werden, ihre Rechte wahrzunehmen. Die Leute sind aber nicht immer so genau informiert und da ist es Sache der Krankenkasse, sie vor Schaden zu schützen. Heute sollen sie einfach zum Arzt gehen, ohne daß die Kasse Nachricht erhält. Solche Zustände können wir nicht billigen, sie kommen in keiner Ortskrankenkasse vor. Die Kasse muß über die Krankheit des Mitgliedes informiert sein. Das ist die Gesindekrankenkasse nicht.

Senator Dr. Lienau wünscht diese Fassung wie sie in der Vorlage steht, belassen. Gerade ein Mann aus der Praxis, wie Dr. Ziehl, sei für diese Neuerung eingetreten.

Scheither findet es für unrecht, wenn ein Dienstmädchen aus Versehen um das Krankengeld gebracht werde. Diese seien in die verzweigten sozialen Gesetze nicht so eingeweiht, das falle sogar anderen Leuten schwer.

Hoff weist die Senatsäußerung, er habe im Bürgerausschuß alle Aenderungen als Verbesserungen bezeichnet, zurück. Er habe im allgemeinen zwar eine Verbesserung in den Vorschlägen gesehen, sich aber gegen diese Bestimmung gewandt, weil er darin eine Verschlechterung erblickt habe. Was man als Einfachheit bezeichne, dürfe nicht zur Schlamperei führen und das sei es, wenn die Kasse nicht erführe, welches ihrer Mitglieder erkrankt sei. Für die Aerzte möge dieser Zustand sehr bequem sein, doch dürfen die Rechte der Mitglieder dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Der Antrag Hoff und der von Scheither wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schluß 10 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Von einem fliehenden Einbrecher erschossen. Ein etwa 40jähriger Mann versuchte einen schweren Einbruchsdiebstahl bei einem Fleischermeister in der Leipziger Straße in Leipzig-Schönfeld. Er wurde dabei von zwei Hausbewohnern überrascht und entfloh. Als der Einbrecher von seinen Verfolgern eingeholt wurde, zog er plötzlich einen Revolver und tötete den Bäckermeister Franz Merkel durch einen Schuß ins Herz. Den zweiten Verfolger, einen Schlosser Karl Berndt, verletzte er durch drei weitere Schüsse lebensgefährlich. Der Mörder ist entkommen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt.

Eine Militärkolonne von einer Lawine verschüttet. Nach einem Bericht aus Zernez wurde am Ofenpaß eine schweizerische Militärverpflegungskolonne von einer Lawine verschüttet. Alle konnten lebend ausgegraben werden. Ein Mann, der mit vier Pferden über 12 Stunden im Schnee begraben lag, mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Bier mitbringen. Den „Leipziger N. N." entnehmen wir nachstehendes Inserat:

Friedenfels.
Große Gastwirteversammlung heute nachmittag 3 Uhr.
Ersuche die geehrten Kollegen, ihr Bier mitzubringen, da von Riebeck u. Ko., nur 5½ Hektoliter für den Monat geliefert wird.
Kollegialen Gruß
R. Schulze.

Ein künstliches Gebiß 22 Tage in der Speiseröhre hatte ein Soldat getragen, der unlängst in einem Berliner Reservelazarett Aufnahme fand. Der Vaterlandsverteidiger hatte, wie in der deutschen medizinischen Wochenschrift mitgeteilt wird, in Rußland im Fieber nach einer Schutzimpfung sein Gebiß verschluckt. Er wurde sofort einem Feldlazarett überwiesen und dann nach Berlin befördert. Bei der Aufnahme war er stark abgemagert, da er nur noch dünnflüssige Nahrung zu sich nehmen konnte. Die Untersuchung mit der Sonde und mit Röntgenstrahlen ergab, daß sich der Fremdkörper in der Speiseröhre befand. Man ging nun in der Weise vor, daß man dem Kranken ein sogenanntes Bronchoskop, d. h. eine lange, elektrisch beleuchtete Metallröhre, in die Speiseröhre einführte. Mit dieser Hilfe gelang es, sich das Gebiß kenntlich und zugängig zu machen. Dann führte man eine lange Hakenzange ein und zog das Gebiß zugleich mit der Metallröhre aus der Speiseröhre heraus. Schon zwei Tage später konnte der Patient wieder alles essen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung
betreffend öffentliche unentgeltliche Impfungen.

Mehrfach aufgetretene Pockenerkrankungen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß durch Impfung und Wiederimpfung ein sicherer, lange währender Schutz gegen die Ansteckung mit Pocken herbeigeführt wird.

Eine Wiederimpfung empfiehlt sich daher zurzeit insonderheit für reifere Altersklassen, bei denen die letzte erfolgreiche Impfung ein oder mehrere Jahrzehnte zurückliegt, und für solche Personen, die beruflich mit gebrauchter Wäsche, alten Kleidern, Lumpen, ausländischen Produkten unbekannter Herkunft zu tun haben oder in der Krankenpflege tätig sind.

Unentgeltliche öffentliche Impfungen werden stattfinden

am Mittwoch, dem 20. Dezember 1916
am Donnerstag, dem 21. Dezember 1916
von 1—3 Uhr nachmittags

in der Stadt:
für Männer in der **Turnhalle der Burg-Volksschule,** Hinter der Burg 6, durch Dr. Busch;
für Frauen in der **Turnhalle der Dom-Volksschule,** Domkirchhof 6, durch Dr. v. Thaden;

in St. Lorenz:
für Männer im **Konfirmandensaal der St. Marien-Kirche,** Schwartauer Allee 35/42, durch Dr. Friedr. Christern;
für Frauen in der **Turnhalle der L. St. Lorenz-Volksschule,** Kirchenstraße 5, durch Dr. Feldmann.

Die Wiederimpfung wird an dem linken Oberarm stattfinden, der vorher gründlich zu säubern ist.

Lübeck, den 18. Dezember 1916. (6426

Das Gesundheitsamt.

Bekanntmachung
betreffend den Verkauf von frischem Fleisch.

In dieser Woche wird die Gültigkeit der Wochenfleischkarte um 1 Tag erhöht, es dürfen auf sie demnach abgegeben werden:
Anstatt 250 Gramm Fleisch mit eingewachsenen Knochen 300 Gramm
" 200 " " ohne Knochen, Schinken,
Dauerwurst, Zunge, Speck, Rohfett . . 240 "
" 500 Gramm Wildbret, Frischwurst, Eingeweide, Fleischkonserven . . . . . 600 "

Es wird an die Schlachter soviel Schweinefleisch ausgegeben werden, daß auf jede Fleischkarte für Erwachsene mindestens 200 Gramm Schweinefleisch, für Kinder mindestens 100 Gramm verabfolgt werden können. Der Rest kann in andern Fleischwaren, in erster Linie in Kalbfleisch entnommen werden.

Lübeck, den 18. Dezember 1916. (6425

Das Polizeiamt.

Zu verkaufen ein **Anzug** für 10—12jährigen Knaben. Abends nach 6 Uhr. (6441
Jakobstr. 36, pt.

Ein gutgeht. **Schankelbier** zu verkaufen. (6442
Gustavstr. 7, II.

Zu verkauf. ein blauer **Cutaway-rock** (1,92m) und große **Briefmarkensammlung.**

Große Puppen
billig zu verkaufen 6423
Evers, Königstraße 62 I.

Zu verk. ein Paar **Halbstief.,** Gr. 43, ein **Bankkasten** (Mühle). Dienstag abend nach 6 Uhr.
6430) Kampfstr. 25 a.

Kolonialwage u. Gewichten
zu kaufen gesucht. (6440

Am Sonntag abend entschlief sanft nach kurzer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, der Maurer
Friedrich Foth
im 61. Lebensjahre, tief betrauert von mir und allen, die ihm nahe standen.
Louise Foth
geb. Leusch.
Lübeck, d. 18. Dez. 1916.
Lützowstraße 5.
Trauerfeier Donnerstag, den 21. Dezember, 3½ Uhr.
Kapelle Vorwerk. (6432

Verloren am Sonnabend vom Hansa-Theater bis „Roter Löwe" **2 Lebensmittelbücher.** (6431
Abzugeben Moislinger Allee 146

Verloren am Montag **Lebensmittelbuch** im Konsumv. Warendorpstr. Abzug. geg. Bel. (6433

Schaftstiefel lange, wasserd., fast neu. Hüxstr. 30, Laden.

Hasenfelle, Kanin, Marder, Fuchs, Iltis 2c.
sowie **Pferde- u. Kuhhaare**
kauft zu den höchsten Tagespreisen (6420
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Knochenverkauf.
Mittwoch, 20. Dezember 1916
Nr. 8301—8600 v. 2-4 Uhr nachm.
6438 **Paul Lohrmann.**

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote"